

JUGEND

# AUFGABEN VERTRAUEN

200 170

19 13 11 11

140

70 70 70 70

84

100

120

19402

# Aufgaben und Vertrauen für die junge Generation

*Dokumentation  
vom öffentlichen Jugendkongreß  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
am 6. März 1965 in Bad Godesberg*

*Herausgegeben vom Vorstand  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*

A19402  
PW 7429  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

## INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort Willy Brandt . . . . .	5
Eröffnung und Begrüßung Jugendsenatorin Irma Keilhack . . . . .	7
Leistung und Bewährung unserer Jugend Professor Dr. Carl Ludwig Furck . . . . .	13
Jugendpolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	
Horst Zeidler Bundsvorsitzender der SJD „Die Falken“ . . . . .	27
Dr. Günther Müller Bundsvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD . . . . .	41
Aufgaben und Vertrauen für die junge Generation Fritz Erler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion . .	53

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn,

(Abt. Publikationen)

Umschlagentwurf: Elfriede Richter

Fotos: J. H. Darchinger

Satz und Druck: Kleler Druckerei, GmbH Kiel

6-65-A 1/5

## *Vorwort*

*Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihr Vorsitzender werden nicht nachlassen, sich um die zeitgemäße Förderung der Jugend zu bemühen. Diese unsere Partei möchte partnerschaftlichen Beistand leisten. Sie möchte, daß wir gemeinsam die Zukunft gestalten.*

*Willy Brandt*

*an den Öffentlichen Jugendkongress der SPD  
in Bad Godesberg*

## Eröffnung und Begrüßung

IRMA KEILHACK

Jugendsenatorin in Hamburg

Auf diesem Öffentlichen Jugendkongreß gibt es keine Gäste, sondern nur Teilnehmer. Sie werden mit uns zusammen das jugendpolitische Gespräch führen. Alle, die hierher gekommen sind, leisten in den verschiedensten Institutionen, in Parlamenten, Verbänden und Behörden, in formellen und informellen Gruppen der Jugend, ein gutes Stück Arbeit für die junge Generation in Deutschland.

Dieser Kongreß ist nicht nur für Mitglieder der SPD veranstaltet. Die Teilnehmer des Kongresses sind Minister und Senatoren, junge Bundes- und Landtagsabgeordnete und junge Kommunalpolitiker. Es sind führende Vertreter der Jugend, der Jugendverbandsarbeit und der öffentlichen Jugendhilfe. Es sind junge Wissenschaftler und Schriftsteller, Soldaten und Jugendoffiziere der Bundeswehr.

Sie alle seien im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei herzlich begrüßt!

Ich begrüße die Vertreter des deutschen Bundesjugendringes und der Landesjugendringe, des Ringes politischer Jugend, des Verbandes deutscher Studentenschaften, des Deutschen Studentenwerkes, des Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen, der politischen Arbeitskreise an den Oberschulen und der Internationalen Union of Socialist Youth.

Ich begrüße die Vertreter der Jugendbehörden aus Ländern und Gemeinden, der Verbände und Institutionen für Jugendpflege und Jugendbildung, der kulturellen Jugendarbeit, des internationalen Jugendaustausches, der jugendleiterschulen, Jugendbildungsstätten und internationalen Bildungsinstitute, die Vertreter der Verbände für Jugendfürsorge und Jugendsozialarbeit und die Berufsverbände der Sozialpädagogen.

Ihre Vorsitzenden, Vorstandsmitglieder bzw. Bundesausschuß haben zu uns entsandt:

die Jugend im Deutschen Gewerkschaftsbund,  
die Jugend der Deutschen Angestelltengewerkschaft,  
die Deutsche Sportjugend,  
die Deutschen Jungsozialisten in der SPD,  
die Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“,

der Sozialdemokratische Hochschulbund,  
der Bund Deutscher Pfadfinderinnen,  
die Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands in der Evangelischen Jugend  
Deutschlands,  
das Deutsche Jugendrotkreuz,  
die Arbeiterwohlfahrt,  
die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugend und Sozialarbeit,  
die Deutsche Beamtenbundjugend,  
die Solidaritätsjugend,  
die Junge Union,  
die Deutsche Schreiberjugend,  
die Deutsche Jugend des Ostens,  
der Christliche Verein junger Männer Deutschlands,  
die Deutschen Jungdemokraten,  
der Liberale Studentenbund.

Insbesondere begrüße ich die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen und damit auch die Vertreter der Jugend- und Studentenpresse sowie die Vertreter des Jugendfunks.

In Fortsetzung des Jugendkongresses im Oktober 1961 in Godesberg

„Junge Generation und Macht“

und des Jugendforums des Deutschland-Treffens in Hamburg im August 1963 mit dem Titel

„Der moralische Anspruch an die Politik“

erfolgt heute dieses öffentliche Gespräch der Sozialdemokratie mit der deutschen Jugend.

Das Hauptthema des heutigen Kongresses

„Leistung und Bewährung unserer Jugend“.

zu dem Prof. Dr. Furck sprechen wird, ist das A und O der Tragfähigkeit unserer Gesellschaft in der Zukunft und für die Weiterentwicklung unseres demokratischen Staates. Es ist zugleich der Ausdruck des Vertrauens der SPD zur Leistungskraft der jungen Generation und in ihren Bildungs- und Ausbildungswillen! Er kann nicht mehr bezweifelt werden. Die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik dagegen sind in einem erheblichen Rückstand. Ich spreche hier nicht nur von den schweren Versäumnissen, die allgemein diskutiert und deren Folgen inzwischen allzu bekannt sind. Ich spreche auch von den vielen, zwar sehr ins Detail gehender über nachhaltigen Mängeln in unserem Bildungssystem.

Erst jetzt wird festgestellt, welche Begabungen bei Kindern und Jugendlichen, auch außerhalb der Großstädte, z. B. in ländlichen Räumen, noch unausgenutzt brachliegen. Erst jetzt wird mit Überlegungen begonnen, wie die mannigfaltigen und technischen Fähigkeiten von jungen Menschen in neuen Schulformen und differenzierten Unterrichtsmethoden Entfaltung finden können.

Noch nicht intensiv genug durchdacht sind ähnliche Differenzierungen in den allgemein bildenden Schulen, die die Berufs- und Lebenschancen für mehr als zwei Drittel unserer Jugend bestimmen. Gerade die Volksschulen sind verpflichtet, den unzähligen wertvollen Begabungsrichtungen der Kinder im höchsten Maße gerecht zu werden. Es kann heute nicht mehr um die Zusammenfassung der neuen Erkenntnisse gehen, sondern um ihre sofortige Umsetzung in Bildungswirklichkeit.

In Anbetracht dieser Notwendigkeit ist das von der Mehrheit im Bundestag beiseite geschobene Gesetz für eine allgemeine und umfassende Ausbildungsförderung, für das seit 1962 ein Entwurf der SPD vorlag, allerdings eine besondere bedauerliche Entscheidung. Eine allgemeine und gezielte Ausbildungsförderung ist eine unverzichtbare Voraussetzung der Mobilisierung unserer Begabungsreserven.

Die Forderung des Bundestages auf Vorlage eines solchen Gesetzes datiert von 1955. Verfassungsmäßige Bedenken sind keine Entschuldigung für die Gleichgültigkeit der Bundesregierung mit Bezug auf dieses Verlangen! Eine frühe Initiative hätte zweifellos entsprechende Vereinbarungen mit den Ländern möglich gemacht, wie es das Wissenschaftsabkommen bzw. die Studentenförderung beispielhaft zeigt. Auch über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern wäre eine Regelung möglich gewesen, die eine einheitliche und umfassende Ausbildungsförderung in den Ländern ausgelöst hätte! Die ungezielten, als Ausbildungsförderung bedeutungslosen DM 40 000 sind ein ähnliches „Gießkannen“-Geschenk, wie wir es als ebenso unwirksame Parallele in der Agrarpolitik erleben. Hier wie dort sind Hunderte von Millionen vertan, zu durchsichtigen Wahlgeschenken geworden, wie wir es seit eh und je einige Monate vor Wahlen sattfam kennen.

Die Sozialdemokraten werden sich im nächsten Bundestag für ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern einsetzen, wenn sie in der Regierungsverantwortung stehen.

Die SPD hat in Karlsruhe in ihrer Entschließung zur Jugendpolitik gesagt:

„Die junge Generation braucht Vertrauen, Aufgaben und Hilfen“.

Aller Voraussicht nach wird in etwa zehn Jahren der Generationsumbruch vollzogen sein. In den Parteien und Gewerkschaften, in Regierungen und Parlamenten, in der Wirtschaft und Verwaltung beginnt die Ablösung bereits jetzt. Die junge Generation muß offene Türen für ihre Mitarbeit finden! Sie muß vorbereitet sein auf die ganze Verantwortung, die sie alsbald zu tragen hat. Sie muß — um Prof. Jaide zu zitieren —

„ihre Vorstellungen schon jetzt mit der Wirklichkeit in ein verantwortliches Verhältnis bringen“.

Wo die junge Generation noch abseits steht, muß sie vor allem zur Politik ermutigt werden. Die Mitwirkung der Jungen schon heute ist wichtig! Sie muß mehr als bisher dazu beitragen, die Politik zur Redlichkeit und zu sachgerechten Entscheidungen zu drängen. Opportunismus wird zwar nicht immer auszuschalten sein. Es darf aber niemals zum Kern politischen Handelns werden! Politik darf nicht „das Mögliche“ tun, sondern auch „das Nötige“ ermöglichen!

Dazu gehört die ehrliche Darlegung und die wahrhaftige Argumentation. Es sind moralische Postulate. Politik in der Demokratie steht ohne sie auf röhrenen Füßen. Redliche und vertrauenswürdige Politik dagegen ist nicht wirklichkeitsfremd, sondern situationsgerecht — besonders für uns Deutsche. Unsere Pflicht und unser Wille zur Wiedergutmachung und Überwindung der Vergangenheit erzwingt geradezu moralische Maßstäbe bei politischen Entscheidungen. Das wird auch von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes, insbesondere aber von der jungen Generation erwartet. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Ereignisse in der Nahost-Politik haben es uns überdeutlich gezeigt. Mit kleiner Schläue läßt sich nichts Großes konzipieren.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Vorstellungen von einer humanitären und freiheitlichen Ordnung, von den Notwendigkeiten der Politik für morgen in Karlsruhe festgelegt. Willy Brandt interpretierte sie in seiner Schlußansprache so:

„Es gehört zu unserem Programm, ein Klima in diesem Land zu schaffen, in dem man sich auch nicht scheut, heiße Eisen anzufassen. Nur heiße Eisen kann man schmieden. Neue Ideen sind gefragt und nicht verdächtig. Wir brauchen eine offene Diskussion, die von dem ausgeht, was ist.“

Ich bin überzeugt, daß das auch der Grundzug der Reden und Diskussionen auf diesem großen Jugendkongreß sein wird.

Ich hoffe, daß er uns alle wieder ein Stück weiterbringt.

## Leistung und Bewährung unserer Jugend

PROF. DR. CARL LUDWIG FURCK, Hamburg

Folgt man den Kritikern an Leistung und Verhalten der Jugend, so müßte ein recht düsteres Bild gezeichnet werden: „Wer in die Lebensverhältnisse dieser Jugend hineinsieht, findet immer wieder dasselbe traurige Bild: ein der Kirche entfremdetes Leben, völlige Unordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz hohen Lohnes selten Ersparnisse und in der Regel eine starke Neigung zur Genußsucht, eine früh angestachelte geschlechtliche Leidenschaft, von nationaler Gesinnung kaum einige Reste, häufig auch einen Mangel an jeglichem Heimatgefühl; Autoritäten, unter die sich die Jugend beugt, bestehen kaum noch.“ Und über die vom Gymnasium zur Universität übergehenden Abiturienten wird geklagt: „Mit jedem fünf Jahren sind junge Leute mit weniger Fertigkeiten zur Universität gekommen, wengleich an mancherlei ungeordneten Kenntnissen reicher, oft eine splendida miseria.“

Bei den Volksschulabgängern wird festgestellt, daß kurze Zeit nach Verlassen der Schule das in ihr erworbene Wissen, die angeeigneten Kenntnisse und Fertigkeiten nicht mehr sicherer „Besitz“ der Lehrlinge seien. Die Lehrabschlußprüfungen zeigten, „daß der Bildungsstand der Prüflinge weit niedriger ist, als man es nach dem heutigen Stand der methodischen und didaktischen Durchbildung der Lehrer, den bestehenden Schuleinrichtungen und der während der ganzen Schulzeit aufgewandten Mühen und Arbeit erwarten müßte.“

Aus Untersuchungen über das Konsumverhalten unserer Jugendlichen geht hervor, daß bereits die Schuljugend im Alter von 10 bis 14 Jahren über „ganz erhebliche Geldbeträge“ verfügt. „Sie bekommen jährlich an Taschengeld und sonstigen Zuwendungen nicht weniger als ca. 1,25 Milliarden in die Hand.“ Auf das Konto der Kinder und Jugendlichen gehen, um nur einiges noch anzudeuten, „60 bis 70 Prozent der Jahresproduktion von 50 bis 60 Millionen Schallplatten; 40 Prozent der Fahrrad- und Mopedindustrie und ein großer Teil der Bekleidungswirtschaft lebt von diesem Markt; über eine halbe Milliarde wird von den Jugendlichen jährlich für Freizeitbeschäftigung ausgegeben. Hier sind allerdings zum Teil die älteren Jahrgänge mitgemeint.“ — „Ich selbst bin in letzter Zeit von soviel Eltern um Rat gefragt worden, die bekennen, daß sie nicht mehr wissen, wie sie ihre Kinder erziehen sollen; und die frühe Verderbnis der Jugend ist jetzt eine so allgemeine Klage geworden, daß es angebracht erscheint, diese Frage öffentlich zur Diskussion zu stellen und Vorschläge zur Besserung zu machen.“

Faßt man diese Aussagen über die Lebensverhältnisse, die Schul- und Berufsleistungen und über das Konsumverhalten der Jugend zusammen, so scheint das Thema meines Referates „Leistung und Bewährung unserer Jugend“ der Situation nicht angemessen. Ist es nicht verfehlt, über die Bewährung der nachwachsenden Generation sprechen zu wollen, wenn die Erwachsenen so über sie klagen? Es wird nicht bestritten, daß diese Frage legitim gestellt werden kann, zugleich — und dies ist schon eine erste Antwort — kann aber darauf verwiesen werden, daß nur die Angaben über das Konsumverhalten aus der unmittelbaren Gegenwart stammen; sie wurden 1962 veröffentlicht. Die anderen zitierten Aussagen sind jedoch vor über 60 Jahren, die über die Abiturienten sogar vor 150 Jahren und die über die Ratlosigkeit der Eltern bereits 1690 erfolgt.

Es wäre leicht, einen lückenlosen Katalog kritischer Äußerungen über die jeweils zeitgenössische Jugend vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis heute zusammenzustellen. Offensichtlich wurden die Wünsche und Erwartungen der Erwachsenen seit dieser Zeit noch von keiner Jugend so erfüllt, daß sie das Leben der älteren Generation einfach reproduzierten oder entsprechend der an sie herangetretenen Erwartungen so veränderten, wie man es ihnen vorzeigte. Dabei ist erstens hervorzuheben, daß es selbstverständlich nur bedingt möglich ist, undifferenziert von der Jugend zu sprechen und zweitens, daß es den Jugendlichen — und damit die Jugend — als einer sich von den Verhaltensweisen und der Befindlichkeit des Kindes einerseits und des Erwachsenen andererseits generations- und gruppenspezifisch abhebenden Lebensform erst seit dem Einsetzen der Industrialisierung und dem zunehmenden Abbau der Traditionssteuerung gibt; Jugend ist als Erscheinungsform nicht biologisch, sondern geschichtlich bedingt. Das bedeutet: mit Jugend wird zwar ein bestimmter, wenn auch nicht scharf abgegrenzter Lebensabschnitt bezeichnet, die Verhaltensweisen und die Befindlichkeit der Jugend, die Ausprägung der jugendlichen Lebensform, sind aber nicht das Ergebnis eines „biologisch“ oder „natürlich“ zu interpretierenden Entwicklungsprozesses, sondern das Produkt des von der Gesellschaft teilweise bewußt in Gang gesetzten Lern- und Reifeprozesses und die Antwort auf die Erwartungen und Herausforderungen der Erwachsenen, Jugend ist also Antwort auf Provokation. Der Jugendliche befindet sich daher in einer paradoxen Situation, weil beispielsweise von ihm zugleich Sicherheit im Verhalten in der Gesellschaft und Anerkennung seines Status als Jugendlicher, Anpassung und die Fähigkeit zur Distanzierung erwartet werden, und das von Erwachsenen, die ihrerseits keine Sicherheit in Verhalten und Status besitzen und die Fähigkeit zur Distanzierung aus dem Handlungszusammenhang oder von dem gesellschaftlichen Druck nur schwach ausgebildet haben.

Besteht die Kritik der Schul- und Berufsleistungen unserer Jugend, ihrer Lebensverhältnisse und ihres Konsumverhaltens zu Recht? Ich beschränke

mich, entsprechend dem Thema meines Referates, im folgenden auf die Untersuchung der Kritik an den Schul- und Berufsleistungen.

Der auch in den letzten Jahren immer wieder vertretene Behauptung, die Schulleistungen der heutigen Jugend seien im Verhältnis zu der vor zwei Generationen zurückgegangen, lassen sich mehrere ausführlich zu begründende Thesen gegenüberstellen. Ich werde im folgenden einige exemplarisch erläutern.

Zunächst kann schon, wie bereits ausgeführt, darauf verwiesen werden, daß ein Rückgang in den Schulleistungen von jeder Erwachsenengeneration erneut festgestellt wird. Dies allein relativiert aber schon die Tragweite der Aussage. Außerdem beachtet man nicht genügend, daß die Schulleistungen verschiedener Generationen nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Meist liegt diesen Aussagen auch ein nicht weiter überprüfter, einseitiger Maßstab zugrunde. Die Kritiker beachten zum Beispiel nicht die veränderte Aufgabenstellung und Zielsetzung der Volksschule und die psychophysischen Verschiebungen in der Entwicklung der Heranwachsenden. Sie gehen ferner von einem vorgegebenen Maß an zu fordernden Leistungen aus. Diese bezieht man, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, meist auf den Stand der elementaren Kenntnisse und Fertigkeiten bei den Schulabgängern vor dem ersten Weltkrieg. Außerdem berücksichtigt man nicht, daß viele Schüler, die früher in der Volksschule blieben, nunmehr — wenn auch noch lange nicht in ausreichender Zahl — eine weiterführende Schule besuchen. Diese Tatsachen müßten aber bei einem gerechten Urteil über das Niveau und den „Erfolg“ des Volksschulunterrichts und über die Leistungen der Volksschüler beachtet werden. Legt man als Hilfsmaßstab den Schulerfolg zugrunde, also die Frage, wieviele Schüler erreichen den Abschluß der Volksschuloberstufe — oder Hauptschule, wie sie künftig heißen soll —, so ergibt sich eindeutig entgegen dem vielfach behaupteten Rückgang eine Zunahme der Schulleistungen unserer Jugend. 1908 erreichten nur 40 Prozent das Ziel der Volksschule, 1938 dagegen bereits 70 Prozent und 1962 83 Prozent der Schüler, die von der Volksschule abgingen. Dies kann als ein Beweis dafür gelten, daß die Schulleistungen unserer Jugend zugenommen haben. Auch der Anteil der Schüler, die den Abschluß der Mittelschule oder einen gleichwertigen Abschluß erreichten, hat zugenommen. 1951 erreichten 5,8 Prozent, 1956 12,4 Prozent und 1961 14,3 Prozent der Schulabgänger eines Jahres diesen Abschluß. Gleiches gilt für den Anteil derjenigen, die das Reifezeugnis erhielten: im Jahre 1911 1,3 Prozent eines Geburtsjahrganges, 1950 4,2 Prozent, 1959 5,1 Prozent und 1962 6,8 Prozent. (Angemerkt sei, daß nur die Zahlen innerhalb einer Tabelle vergleichbar sind, nicht aber die drei Tabellen miteinander, da unterschiedliche Bezugssysteme benutzt werden.)

Die eingehende Untersuchung von Schulbesuch und Schulerfolg unserer Jugend, die im einzelnen hier nicht vorgelegt werden kann, ergibt bei einem Vergleich über einen längeren Zeitraum, daß heute prozentual mehr Schüler sowohl länger zur Schule gehen, als weiterführende Schulen besuchen und einen Schulabschluß erreichen, die Schulleistungen haben also merklich zugenommen. Es bestehen jedoch zwischen den einzelnen Ländern der Bundesrepublik teilweise erhebliche Unterschiede. Vergleicht man die Dauer der Schul- und Ausbildungszeit und die Verteilung der Schüler eines Jahrgangs auf die verschiedenen Oberstufen in Westdeutschland mit den entsprechenden Schulformen in anderen hochindustrialisierten Ländern, so zeigt sich darüber hinaus folgendes: Die durchschnittliche Schuldauer und der prozentuale Anteil der weiterführenden Schulen besuchenden Schüler sind bei uns deutlich geringer. Die Entwicklung in der Bundesrepublik verläuft relativ isoliert von der in anderen Ländern. In West und Ost wird, weit über das bei uns festgestellte und geplante Maß hinaus, die Verlängerung der Vollzeitschulpflicht und die Vergrößerung des Anteils der Schüler an Schulen mit gehobenerem Schulziel angestrebt. Hierauf werde ich noch einmal zurückkommen.

Die Feststellung, daß die Schulleistungen verschiedener Generationen nicht ohne weiteres vergleichbar sind, gilt in besonderem Maße für die Gymnasien. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf die sich ständig verändernde Stellung der Sprachen oder der Mathematik in den Stundenplänen. Von der Klassenstufe, mit der ein Sprachunterricht einsetzt, und der Anzahl der Wochenstunden, die für ihn vorgesehen sind, hängt allein schon der im 13. Schuljahr erreichbare Leistungsstand ab; darüber hinaus wirken hierauf selbstverständlich noch eine Reihe anderer Bedingungen ein, unter anderem die Klassenstärke, die Anforderungen in den verschiedenen Fächern und deren Anzahl, die Unterrichtsmethode, die Lernmotivation.

Während sich, gemessen am Schulerfolg, eine Zunahme der Schulleistungen unserer Jugend deutlich abzeichnet, ist weiterhin umstritten, ob es davon unabhängig nicht doch einen Leistungsrückgang gibt. Dabei wird dann diskutiert, ob er als erbbiologischer Vorgang zu verstehen ist oder als Folge des besonderen Schicksals der Gegenwartsjugend oder ob ein Begabungsrückgang, verbunden mit einer Begabungsverschiebung, vorliegt. Ausländische Untersuchungen stellen ein Ansteigen des durchschnittlichen Intelligenzniveaus innerhalb der erfaßten Bevölkerung fest, während das Urteil über die Begabung der Jugend in Westdeutschland nicht einheitlich ist. Dies dürfte gewiß zum Teil auf divergierende Auffassungen des Verhältnisses von Intelligenz, Begabung und Bildsamkeit zurückzuführen sein, ebenso wie auf unterschiedliche Erhebungsmethoden und Maßstäbe. Es lassen sich aber auch noch weitere Thesen aufstellen, von denen aus es möglich ist, die Behauptung, es

liege ein Begabungsrückgang bei unserer Schuljugend vor, zu widersprechen. Wir wissen heute, erstens, daß die Begabung der Kinder und Jugendlichen keine von Geburt an feststehende und von Umwelteinflüssen nur bedingt abhängige Größe ist, sondern in hohem Maße von Herausforderungen und „Bildungsreizen“ abhängt. Aus diesem dynamischen Verständnis der Begabung, das durchaus noch nicht von allen am Gespräch beteiligten Gruppen akzeptiert wird, wurden bereits in den „Empfehlungen zum Aufbau der Förderstufe“ des Deutschen Ausschusses praktische Konsequenzen gezogen. Sie führen etwa zu dem Vorschlag, daß „nach dem Eintritt in die Förderstufe . . . zunächst alle Kinder Englischunterricht im Klassenverband“ erhalten. Erst nach der hierdurch erfolgenden Herausforderung ist ein begründetes Urteil über die Begabungsfähigkeit des Kindes in diesem besonderen Bereich möglich. Die Begabung eines Kindes oder Jugendlichen ist, um dies noch einmal zu betonen, keine ein für allemal feststehende Größe. Habermas stellt auf Grund amerikanischer Forschungen fest: „Im allgemeinen sind Bildungsfähigkeit und -willigkeit der Schüler, einschließlich ihrer gemessenen Intelligenz, von der soziokulturellen Umwelt, zumal vom familialen Lebensraum in seiner ganzen Breite, lebensgeschichtlich in so hohem Maße abhängig, daß über die Grenzen ihrer Entfaltung zuverlässig nur die Herausforderung und Erprobung der in Gang gesetzten Lernprozesse selber entscheiden können.“ Unter der Voraussetzung des neuen Verständnisses von Anlage, Intelligenz, Begabung und Bildsamkeit erscheint es nicht mehr verwunderlich, daß es, bei entsprechenden Anstrengungen, seit Beginn der Industrialisierung möglich war, die steigenden und in den Voraussetzungen sich wandelnden Anforderungen von verschiedenartig qualifizierten Menschen zu erfüllen. Dies läßt sich an der auffallenden Parallelität der Verteilung der Arbeitsgattungen und der Begabungsstruktur der Gesellschaft ablesen. Mit zunehmendem Wissen um die soziokulturelle Abhängigkeit von Begabung und Bildsamkeit wächst die Einsicht in die Verantwortung des einzelnen Erziehers und die in die Bedeutung der Schule als Institution. Aus diesen Feststellungen ergibt sich zweitens die Frage, ob nicht die jeweils früher bestehenden und sich wandelnden Anforderungen der Wirtschaft auch jeweils nur entsprechende Bildungs- und Aufstiegschancen ermöglicht haben? Mit dieser Frage greife ich schon auf den nächsten Abschnitt vor.

Drittens wird nun auch ganz deutlich, daß man der Jugend heute nicht gerecht wird, wenn an einem von der Tradition bestimmten Maßstab zur Beurteilung von Leistung und Begabung festgehalten wird. Hans Bohnenkamp betont zu Recht, daß die heutigen Oberschulanforderungen — die als Leitmodelle auch auf die Volksschule einwirken und die in unserer Gesellschaft herrschenden Begabungsvorstellungen stark mitbestimmen — für Begabung ein einseitiger Maßstab sind; „ihr Schwerpunkt liegt . . . stärker auf Leistungen philologisch-historischer Art, als es den Anforderungen und Anregun-

gen“ der heutigen Gesellschaft entspricht. Die eigenartig paradoxe Situation unserer Jugend läßt sich hieran erneut ablesen: Die Verlagerung des Interesses und damit der Leistungen auf den mathematisch-naturwissenschaftlichen technischen Bereich ist eine Folge der veränderten Welt der Erwachsenen, die jedoch gerade diese Verlagerung kritisieren, obwohl sie von ihnen provoziert wurde. Während das durchschnittliche Leistungsniveau aller Jugendlichen, gemessen an dem erreichten Schulabschluß, zunahm, erfolgte ein Wandel in der Begabungsstruktur der Jugend als Ergebnis einer gewandelten Herausforderung von Begabung. Etwas schärfer formuliert heißt dies aber, daß die Erwachsenen, indem sie die Jugend ihrer Zeit kritisieren, sich damit gegen sich selbst wenden, allerdings ohne sich dessen bewußt zu sein. Die Mehrheit der Erwachsenen hält also an einem Verständnis von Begabung in stets erneuter Reproduktion fest, das weder der von ihnen herausgeforderten Begabung entspricht, noch ihrem eigenen tatsächlichen Verhalten. Hieraus erklären sich zum Teil die Klagen der Erwachsenen über Leistung und Begabung der Jugend. Es genügt jedoch nicht, bei der Feststellung, daß die Schulleistungen der Jugend insgesamt zugenommen haben, stehen zu bleiben. Es erscheint unerlässlich, einerseits die Bildungsvorstellungen und Verhaltensweisen der Erwachsenen zu ändern und andererseits der Jugend größere Bildungschancen zu eröffnen. Das heißt aber, unser Schulwesen muß reformiert werden, da es unter seinen überkommenen Voraussetzungen nicht gelungen ist, das Leistungspotential der Jugend über das festgestellte Maß hinaus noch weiter auszuschöpfen. Folgt man der Einsicht, daß Begabung eine dynamische und keine statische Größe ist, dann ergeben sich eine Reihe von ganz konkreten Folgerungen, die sich etwa in der Forderung, immer mehr Jugendlichen eine bessere und längere Schulbildung zu ermöglichen, zusammenfassen läßt. Es wird von hieraus auch verständlich, daß die in anderen Ländern geplante Steigerung der Zahl der Abiturienten, u. a. in Belgien im Verhältnis zu der Zahl von 1959 um 100 Prozent, in Frankreich um 154 Prozent, in Norwegen um 165 Prozent (in der Bundesrepublik dagegen nur um 4 Prozent) keine unproduktiven pädagogischen Utopien darstellen, unter der Voraussetzung, daß man sowohl institutionell, als auch inhaltlich die erforderlichen Konsequenzen zieht. Dabei ist, nach der Erklärung der ständigen Konferenz der Kultusminister auf ihrer 100. Plenarsitzung vor einem Jahr in Berlin (5./6. März 1964) „die europäische Schulentwicklung durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

- Anhebung des gesamten Ausbildungsniveaus der Jugendlichen durch vermehrte und verbesserte Schulbildung aller Art,
- Erhöhung der Zahl der zu gehobenen Abschlüssen verschiedenster Art geführten Jugendlichen,
- Ausbildung jedes einzelnen bis zum höchsten Maß seiner Leistungsfähigkeit,

Angebot von Ausbildungsmöglichkeiten, die stärker auf die Befähigung des einzelnen eingestellt sind; Maßnahmen, die Schüler in diese ihnen gemäße Bildungsgänge zu bringen (z. B. Beobachtungsstufe),

Verstärkung der Durchlässigkeit unter allen bestehenden Schulen (z. B. horizontal, nicht vertikal gegliederte Schulorganisation),

Errichtung neuer, weiterführender Formen.“

Neben den unerläßlichen Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten unserer Schule, deren Grundzüge an den internationalen Tendenzen der Schulreform abgelesen werden können, besteht noch das Problem, den von der Schule überlieferten Kanon an Kenntnissen, Fertigkeiten und Inhalten zu überprüfen. Bei seiner Lösung sind in den einzelnen Ländern unterschiedliche Schwierigkeiten zu überwinden. In den USA sind sie gewiß geringer als etwa in Westdeutschland. Dabei geht es nicht nur darum, den jungen Menschen auf die moderne Gesellschaft und Arbeitswelt vorzubereiten, sondern auch darum, ihn in die lebendige Tradition einzuführen, sie zu übermitteln und den Jugendlichen zur Auseinandersetzung mit ihr zu befähigen. Für uns bedeutet dies, daß wir unser traditionelles, überwiegend statisches, schichten-spezifisches Verständnis von Bildung einer Revision unterziehen müssen. Bildung verstehe ich dabei zugleich als Hilfe zur Mündigkeit des einzelnen in allen Lebensbereichen wie als Voraussetzung der Evolution zu einer mündigen Gesellschaft. Wenn nunmehr, nach der Zurückweisung des Vorwurfs, die Schulleistungen unserer Jugend gingen zurück, die Kritik an ihren Berufsleistungen überprüft wird, so erscheint es zuvor erforderlich, ausdrücklich zu betonen, daß es bei dem von mir vertretenen Verständnis von Bildung keinen Unterschied zwischen sogenannter Berufsbildung und Allgemeinbildung mehr gibt. Diese Trennung stammt noch aus einer Zeit, in der eine relativ elitäre Gruppe, frei von wirtschaftlichem Druck ihrer „Bildung“ leben konnte; einer Bildung ohne unmittelbaren Bezug zur Gesellschaft und in Distanz zur Arbeits- und Wirtschaftswelt.

Wenn man die kritischen Stimmen von Vertretern der Arbeits- und Wirtschaftswelt an den zu geringen Leistungen vor allem der Lehrlinge überprüft, so ergibt sich eine nur im ersten Augenblick überraschende Feststellung: Die Kritik an der Anfangsleistung beim Eintritt in den Beruf sowie die der Leistungen in den Gesellen- bzw. Gehilfenprüfungen setzt jeweils um 1900, um 1930 und nach 1950 verstärkt ein. Es ist daher anzunehmen, daß sie bestimmten Phasen der industriellen Entwicklung korrespondiert. Um die Jahrhundertwende ist die Industrialisierung, 1930 die Phase der Rationalisierung relativ abgeschlossen. 1950 läßt sich, zwei Jahre nach der Währungsreform, eine erste Konsolidierung nach dem völligen Zusammenbruch, der Zerstörung und Lamontage erkennen. Es setzt eine noch nicht beendete Phase der

erneuten Rationalisierung und, aufgrund der Entwicklung neuartiger Steuerungsgeräte, der Automatisierung ein. Jeweils verschieben sich die Anforderungen an den im Produktionsprozeß stehenden Menschen und damit auch die an den Nachwuchs.

Auch gegenüber der Kritik an der Anfangsleistung wie der an den Berufsleistungen beim Lehrabschluß lassen sich mehrere, ausführlich zu begründende Thesen gegenüberstellen, von denen ich jetzt nur wenige auswählen kann. Begründete Aussagen über die tatsächlichen Berufsleistungen sind, auch gemessen an dem Abschluß der Ausbildung, nur bedingt möglich, weil sich die Struktur der Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse so verändert hat und noch ständig ändert, daß die Gefahr besteht, Unvergleichbares miteinander zu vergleichen. Insgesamt ist aber, entgegen den nicht genügend differenzierten und verifizierten Aussagen über einen Rückgang der Leistungen, besonders beim Beginn der Ausbildung und bei ihrem Abschluß, eine Steigerung der Berufsleistungen zu verzeichnen. Aufgrund der unterschiedlichen Prüfungsergebnisse bei einzelnen Jugendlichen wird oft die Zunahme des durchschnittlichen Niveaus der Berufsleistungen aller Jugendlichen nicht erkannt. Berücksichtigt man aber, daß heute prozentual mehr Schulabgänger ein Lehrverhältnis eingehen als früher, so kann im Hinblick auf die Jugend insgesamt eine Steigerung der Berufsleistungen tatsächlich angenommen werden.

Gegenüber den negativen Aussagen über die Berufsleistungen muß auch, vor allem wenn sie sich nur auf einzelne Berufsgruppen beziehen, darauf verwiesen werden, daß sich im Bewußtsein der Jugendlichen die Anziehungskraft und die Prestige verleihende Bedeutung der einzelnen Berufe erheblich verändert hat. Von daher wird die quantitativ und qualitativ unterschiedliche Nachwuchslage der verschiedenen Lehr- und Aternberufe entscheidend beeinflusst. Gleiches gilt für die unterschiedliche Anziehungskraft der Groß- und Kleinbetriebe, zumal die Intensität der Ausbildung teilweise erheblich voneinander abweicht.

Bei allen Aussagen über die Berufsleistungen der Jugend muß, dies sei noch einmal betont, berücksichtigt werden, daß sich mit einer Veränderung der Produktions- oder Wirtschaftsform zugleich die Leistungsforderungen verschieben. Es werden dann jedoch nicht nur neue oder andersartige Leistungen erwartet, sondern als Antwort hierauf von der Jugend auch — gegenüber früher — unterschiedliche Berufsleistungen vollbracht. Lempert stellt fest: „Mit dem wirtschaftlichen Wachstum, wie es der technische Fortschritt möglich macht, ist . . . eine Höherqualifikation der Arbeitskräfte verknüpft, ein Abnehmen der ‚Ungelernten‘ zugunsten der ‚Angelernten‘ und der ‚Gelehrten!‘“ Ganz allgemein gilt: Technischer Fortschritt, Berufsleistung und Ausbildungsqualität bedingen sich wechselseitig.

Ein besonderes, wiederum unterschiedlich beurteiltes Phänomen stellt die ständig größer werdende Anzahl der freiwilligen oder erzwungenen Berufswechsler dar. Liegt nicht dem negativen Urteil über diesen Wechsel ein der handwerklichen Tradition und der Vorstellung vom Dauerberuf verhafteter Maßstab zugrunde, der einer — um es mit einem Schlagwort zu sagen — hochmobilen Arbeits- und Wirtschaftswelt unangemessen ist? Versteht man den Berufswechsel, besonders in Richtung vom Handwerk zur Industrie, als „Strukturelement einer dynamischen Wirtschaft“, so erlaubt diese Tatsache kein negatives Urteil über Leistung und Begabung der Jugend mehr. So wie sich aus der Untersuchung der Schulleistungen unserer Jugend, der schulischen Anforderungen und der Kritik ihrer Kritiker die Konsequenz ergibt, daß das bestehende Schulwesen innerlich und äußerlich grundlegend reformiert werden müßte, so führt auch die Überprüfung der Berufsleistungen unserer Jugend, der Anforderungen während und nach der Ausbildung der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung und gleichfalls der Kritik ihrer Kritiker zu der Schlußfolgerung, daß unser sogenanntes berufliches Ausbildungswesen, von der Berufsschule bis zu den Fortbildungslehrgängen, reformiert werden muß. Ich betone ausdrücklich, daß ich dies in eigener Verantwortung als unabhängiger Wissenschaftler sage. Meine Ausführungen sind mit dem Veranstalter dieses Kongresses weder vorher abgestimmt, noch, mit Ausnahme des Themas, gewünscht worden. Sie dürfen ihm daher auch nicht angelastet werden.

Nach meiner Überzeugung wird es sich sogar als notwendig erweisen, die bestehende Kluft zwischen dem sogenannten allgemeinbildenden und dem berufsbildenden Schulwesen, einschließlich der Ausbildung im Betrieb zu überwinden. Nicht dadurch, daß man einige höchst kunstvolle Brücken schlägt, sondern durch institutionelle Verbindung. Von den Gründen, die hierfür sprechen, will ich nur einen noch herausstellen: In allen Ländern verschiebt sich beispielsweise das Verhältnis der drei Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, Dienstleistungen gleichlaufend, wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. So weisen Westdeutschland und Frankreich 1950 ein Stadium der Entwicklung auf, das die Vereinigten Staaten bereits 50 Jahre zuvor erreicht hatten. In Deutschland waren 1882 im primären Wirtschaftssektor 42 Prozent, im sekundären 39 Prozent und im tertiären 19 Prozent der arbeitenden Bevölkerung tätig. Im primären Sektor sinkt der Anteil 1907 auf 35 Prozent, 1939 26 Prozent, 1950 25 Prozent und 1963 auf 12 Prozent. Für den sekundären Bereich ergeben sich folgende Zahlen: 1907 43 Prozent, 1939 46 Prozent, 1950 42 Prozent, 1963 49 Prozent. Der Anteil der im tertiären Wirtschaftssektor Tätigen nimmt ständig zu: 1907 22 Prozent, 1939 28 Prozent, 1950 33 Prozent, 1963 39 Prozent. Unabhängig von der Frage, ob es nicht angemessener wäre, noch stärker zu differenzieren und den mit dem Unterrichtswesen verbundenen

Sektor als „quartär“ sowie den mit dem Unterhaltungssektor verbundenen als „quintär“ zu bezeichnen, geht aus den soeben genannten Zahlen schon deutlich genug hervor, daß trotz Zunahme der Produktivität der Anteil der in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie Arbeitenden im Verhältnis zu den im tertiären Sektor Tätigen abnimmt; am auffallendsten bei der Landwirtschaft. Wir müssen nun dem einzelnen jungen Menschen, wie der nachwachsenden Generation insgesamt zu einem Grad der Ausbildung verhelfen, der diesen Verhältnissen und ihrer weiteren Entwicklung entspricht. Erziehung als Hilfe zum Erwachsenwerden, die nicht Hilfen zum Hineinwachsen in diese Welt des Berufes bietet, verfehlt ihren Auftrag und ihre Verantwortung gegenüber dem Jugendlichen. Zugleich bedarf die Gesellschaft zunehmend des höher qualifizierten Nachwuchses. Die beiden Aspekte, der individuelle und der gesellschaftliche, lassen sich nicht voneinander ablösen. Ein Schulwesen, das seiner ganzen Struktur nach an einer bäuerlich-handwerklichen Erwachsenenwelt orientiert ist, kann nicht die Hilfen bieten, die heute und erst recht morgen unerlässlich sind. Mit zunehmender Industrialisierung, ermöglicht durch den Fortschritt in Wissenschaft und Technik, der Spezialisierung sowie Steuerung der Produktionsprozesse und der damit verbundenen Ausgestaltung immer größerer Organisationen, die den Ausbau der Verwaltung erfordert, wird „eine längere und bessere Bildung für immer mehr Menschen erforderlich“. Eine Gesellschaft, die dies nicht erkennt und aus dieser Einsicht keine Konsequenzen zieht, gibt sich selbst auf.

Diese These gilt nicht nur angesichts der voraussehbaren Entwicklung in der Arbeits- und Wirtschaftswelt, sondern auch gegenüber den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen. Erlauben Sie mir eine gewiß etwas zu vereinfachte Formel: So wie es erforderlich gewesen wäre mit Einführung des „Automobils“ den Straßenbau grundlegend zu verändern, so ist es heute unerlässlich, unser Schul- und Ausbildungswesen grundlegend zu reformieren. Mögen wir das, was getan werden muß, nicht wieder zu spät in Angriff nehmen. Nutzen wir die Chance, die sich uns heute noch bietet! Daß für eine wirkliche Reform noch oder wieder eine Chance besteht, läßt sich an der seit 1963 zunehmenden Auflösung zuvor starrer Positionen gegenüber einer Schulreform ablesen.

Ich fasse zusammen: Ausgehend von kritischen Äußerungen über die Schul- und Berufsleistungen der Jugend, die aus der Gegenwart hätten stammen können, sich aber als sehr viel älter erwiesen, wurde zunächst die Berechtigung der Kritik an den Schulleistungen und dann die an den Berufsleistungen untersucht. Es ergab sich dabei übereinstimmend, daß entgegen partikularen Erfahrungen, das durchschnittliche Niveau der Leistungen unserer Jugend insgesamt zugenommen hat. Besonders hervorgehoben wurde das neue Verständnis von Begabung und Bildsamkeit und die sich daraus erge-

benden Konsequenzen, mit dem Hinweis auf die paradoxe Situation, in der sich der Jugendliche heute befindet; insofern nämlich, als die Kritiker der Jugend nicht erkennen, daß sie sowohl das Verhalten der Jugend, als auch die Art und Weise, wie die nachwachsende Generation begabt wird und damit begabt ist, selbst provozieren. Von hier aus fällt noch einmal auf den letzten Abschnitt, der sich, wenn auch nur ganz kurz, mit der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform unseres Schul- und Ausbildungswesens befaßt, neues Licht. Da sich Begabung, Leistung und Bewährung der Jugend wechselseitig bedingen, wird ein für die Provokation von Begabung günstigeres Schulsystem die Jugend befähigen, mehr zu leisten und sich noch besser zu bewähren.

Mögen wir die Notwendigkeit einer Reform unseres Schul- und Ausbildungswesens noch rechtzeitig erkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

# Jugendpolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

HORST ZEIDLER

Bundesvorsitzender der SJD „Die Falken“

Die vom Karlsruher Parteitag der SPD angenommenen „Jugendpolitischen Leitsätze“ beginnen mit der Feststellung, daß die junge Generation Vertrauen brauche und daß ihr die Hilfe von Staat und Gesellschaft bei der Lösung ihrer Probleme gegeben werden müsse.

Damit ist gleichzeitig angedeutet, daß viele junge Menschen heute noch nicht im vollen Umfange die demokratische Lebensordnung der Bundesrepublik als für sie verbindlich betrachten. Bewußt oder unbewußt — die junge Generation hat das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, die benötigte Hilfe nicht zu erhalten und weiß um die Skepsis, mit der sie nicht nur in Illustrierten als eine schlechtere Jugend gegenüber früheren Generationen dargestellt wird. Das schließt die vertrauensvolle Mitarbeit aus.

Das zu verändern, Abhilfe zu schaffen und die Basis für ein auf gegenseitige Achtung gegründetes Miteinander herzustellen, ist Aufgabe der Erwachsenen. Das Bemühen um die junge Generation ist gleichzeitig das Bemühen um die Erhaltung und Sicherung unserer freiheitlichen demokratischen Lebensordnung. Es mit entsprechenden materiellen Zuwendungen genug sein zu lassen, ist nicht ausreichend.

Die idelle Unterstützung, der Beweis der Ernsthaftigkeit der Bemühungen um die Jugend in diesem Land muß noch gegeben werden. Nur wenn der Erwachsene, wenn insbesondere der Politiker, den Weg auch zur Jugend findet, mit ihr diskutiert und nicht nur einen vollbesetzten Saal als angemessenen Zuhörererkreis empfindet und wenn schließlich die leeren Stühle im Plenum des Deutschen Bundestages bei Beratungen über Gesetze zum Jugendarbeitsschutz und der Berufsausbildung besetzt sind, wird sich der häufig beklagte Zustand in der jungen Generation ändern. Die Jugend ist weder uninteressiert noch politisch abstinent, sie ist lediglich enttäuscht und steht deshalb abseits. Ihr Verhalten entspricht der gesellschaftlichen Situation.

Aufgabe der Politik ist es, hier helfend einzugreifen. Mit Genugtuung begrüßen wir es deshalb, daß die von der Sozialdemokratischen Partei herausgestellten Gemeinschaftsaufgaben als Nr. 1 und damit als dringlichste Auf-

gabe die Probleme nennen, die mit der Bildung und Ausbildung zusammenhängen und die das besondere und natürliche Interesse der jungen Generation berühren.

Tatsache ist, daß bisher weder die Bundesregierung noch die sie tragenden Parteien ernsthafte Bemühungen gezeigt haben, die Fragen der Berufsausbildung zu lösen. Das Ausbildungswesen ist noch weitestgehend am Prinzip handwerklicher Tätigkeit des vorigen Jahrhunderts orientiert und muß endlich auf einen Stand gebracht werden, der den Anforderungen unseres Jahrhunderts entspricht. Fließbandfertigung und Automation bestimmen heute die Produktion und verlangen den qualifizierten und beweglichen Spezialisten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Berufsberatung die wirtschaftliche Entwicklung beobachtet und verhindert, daß junge Menschen eine Lehre absolvieren, für die es später keine ausreichenden Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Eine gediegene Grundausbildung — wo die Voraussetzungen dafür fehlen, sind überbetriebliche Ausbildungsstätten einzurichten — muß sicherstellen, daß der junge Mensch seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend jederzeit in der Lage ist, seine beruflichen Aussichten durch einen Wechsel der Tätigkeit zu verbessern. Die Neuordnung des Ausbildungswesens, ohnehin nur sinnvoll denkbar im Zusammenhang mit der Neuordnung des Schulwesens, hat dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Sowohl die Gewerkschaften, deren Bemühungen hier besonders anerkannt und gewürdigt werden müssen, wie auch die Opposition im Bundestag haben Vorschläge gemacht. Gesetze sind daraus noch nicht geworden.

Auf dem Kölner Parteitag der SPD 1962 sagte Willy Brandt bereits — und die Probleme sind heute dringender geworden:

„Unsere junge Generation ist von Bildungseifer und Bildungsbegeisterung erfaßt. Weltraumfahrt, Automation und Kybernetik — Gebiete, auf denen der eine oder andere von uns sich sehr anstrengen muß, um noch halbwegs mitzukommen —, das sind ihre Themen. Sieben Millionen unserer Bürger besuchen jedes Jahr die Vorlesungen der Volkshochschulen. Fachliche Weiterbildung steht darüber hinaus hoch im Kurs. Unsere Jugend will etwas leisten, sie will sich qualifizieren.

Wir dürfen uns nicht an der Zukunft unseres Volkes versündigen. Wir müssen den jungen Menschen Sicherheit und Selbstvertrauen geben, Vertrauen in ihre Kraft und in ihre Fähigkeit, die Zukunft zu meistern. Gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen — unabhängig von überkommenen Vorrechten und überholten Klassenschranken —, dies ist die vornehmste der zukunftsweisenden, dynamischen Gemein-

schaftsaufgaben, die wir deutsche Sozialdemokraten uns selbst und unserem Volke stellen.“

Das Recht des jungen Menschen muß durch den Bundestag gesetzlich gesichert werden, und die Forderung nach Gleichheit der Chancen für alle bedarf der materiellen Sicherung durch eine entsprechende umfassende Ausbildungsförderung. Der von der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages vorgelegte Entwurf zur Änderung des Kindergeldgesetzes ist absolut unzureichend. Er regelt weder die Ausbildungsförderung in der notwendigen Breite noch sieht er die Förderung aller dafür infrage kommenden Personengruppen vor. Darüber hinaus gebietet die Volksgesundheit die Überprüfung und Verbesserung der bestehenden Arbeitsschutzbestimmungen für Jugendliche. Von einer schnellen, umfassenden Neuordnung mit entsprechenden Gesetzesinitiativen wird es abhängen, ob Deutschland seinen Platz als Industrienation behaupten kann oder ob, wie Fritz Erler es ausdrückte, die nach uns kommenden Generationen die Hilfsarbeiter Europas sein werden.

Der mittätige, Verantwortung tragende Staatsbürger, den unsere soziale, demokratische Lebensordnung braucht, ist nur denkbar, wenn eine soziale Sicherheit durch eine entsprechende berufliche Qualifizierung gegeben ist. Niemand kann von in Existenzangst lebenden und unter sozialen Minderwertigkeitsgefühlen leidenden Menschen erwarten, daß sie sich um gesellschaftliche Vorgänge kümmern und durch ihre eigene, kritische Mitarbeit eine gerechte Gesellschaftsordnung herstellen helfen.

Die auf den jungen Menschen wartenden Aufgaben in der pluralistischen Gesellschaft, das Zurechtfinden in der ihn umgebenden Vielfalt und die kritische Auseinandersetzung mit seiner Umwelt sind Probleme, die er allein auf sich gestellt kaum meistern wird.

Der große Bereich der außerschulischen und außerbetrieblichen Bildungs- und Erziehungsarbeit stellt eine zusätzliche Lebenshilfe dar, deren große Bedeutung in der Freiwilligkeit der Annahme entsprechender Angebote besteht. Das gilt insbesondere für die Arbeit der freien Jugend- und Studentenverbände. Jugendverbandsarbeit ist schon lange nicht mehr Protest gegen die Erwachsenen und damit Protest gegen die Gesellschaft. Jugendverbandsarbeit ist heute in die Gesellschaft integriert, hat selbst gesellschaftliche Funktionen übernommen.

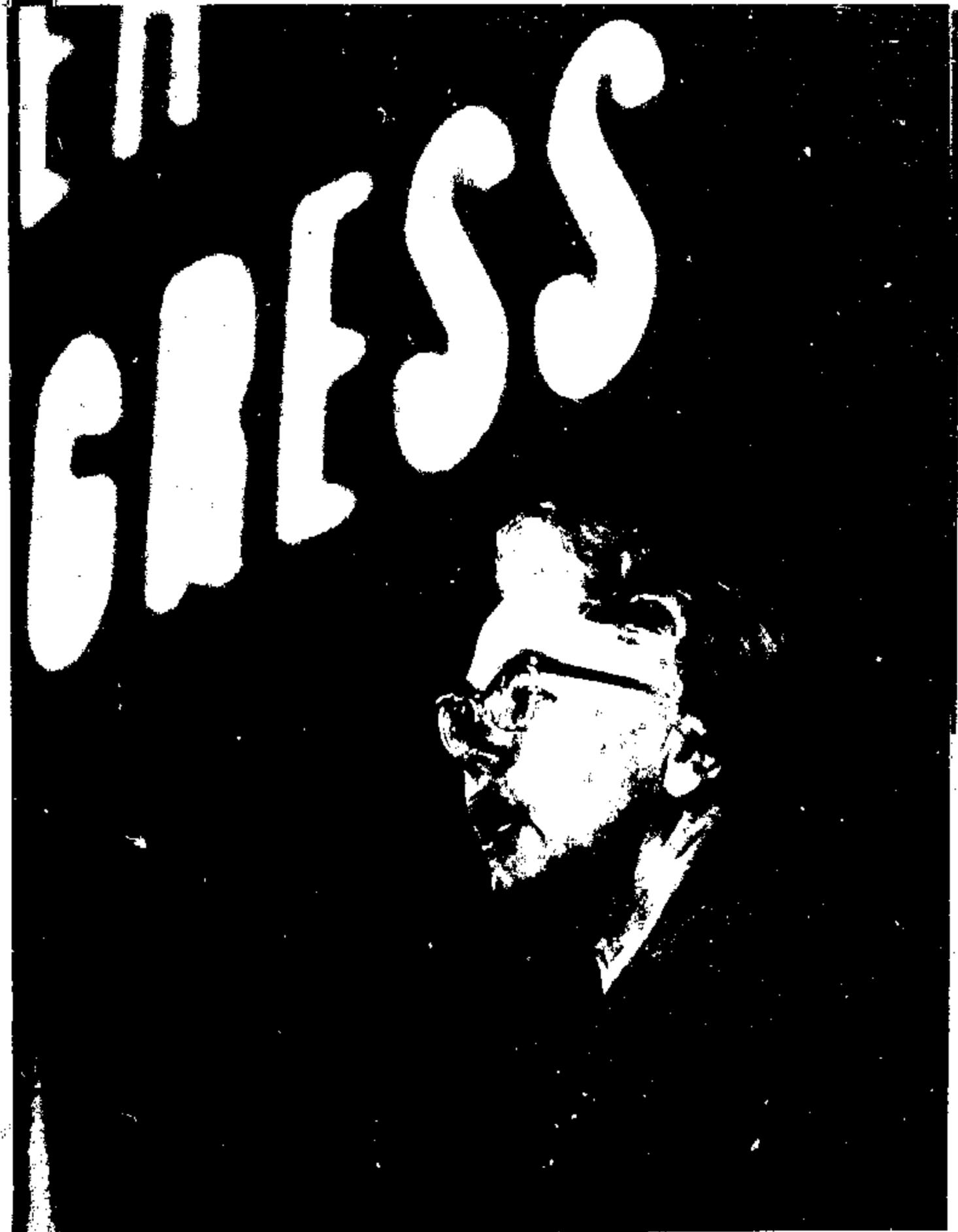
Die politische Bildungsarbeit der Jugendverbände hat früher wie heute entscheidend dazu beigetragen, den jungen Menschen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Mitwirkung nahezubringen. Und das, was Fritz Erler in dem

Interview „Zur Person“ in der Sendereihe des Zweiten Deutschen Fernsehens auf die Frage von Günter Gaus nach der „Kameradschaft“ und der „internen Betriebswärme“ geantwortet hat, besitzt auch heute noch weithin Gültigkeit. Er stellte fest:

„Ich bin durch die sozialistische Jugendbewegung gegangen, wie der größte Teil der gegenwärtigen Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Natürlich sind inzwischen auch Männer und Frauen aus anderen Bereichen des Lebens und auch der Jugenderfahrung zu uns gestoßen, aber der Kern besteht aus früheren Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend. Und von daher ist, wie das auch bei anderen Jugendorganisationen der Fall war, einfach ein Gefühl der persönlichen Verbundenheit da, der Verbundenheit, die sich nicht nur auf gemeinsame politische Vorstellungen gründet, sondern die zum Teil auch auf gemeinsam erlittenen oder auch erlebten Schicksalen beruht. Das hat sehr stark die Menschen geprägt. Wir spüren das heute noch, wenn ich auch draußen im Lande in unseren Parteiorganisationen ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend begegne. Man hat ein Gespür dafür, wo der andere herkommt; das bindet. Ich möchte das auch nicht missen.“

Und ich meine, wenn Jugendverbandsarbeit für viele nicht mehr erreicht als die Vermittlung der Gemeinschaft mit der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf den anderen, so wäre ihre Daseinsberechtigung vollauf erwiesen. Die Erfahrungen aus der Arbeit der Jugendverbände und Jugendgemeinschaften aber zeigen, daß häufig durch sie der erste Anstoß gegeben wird, Verantwortung zu übernehmen. Die Zusammenschlüsse und Gemeinschaften der Jugend sind das Übungsfeld für demokratische Verhaltensweisen. Die hier stattfindenden Diskussionen und sachlichen Auseinandersetzungen, aber auch das Erlebnis einer Fahrt oder Wanderung in der kleinen Gruppengemeinschaft vermitteln den Eindruck gesellschaftlichen Lebens in einer freiheitlichen Ordnung und geben dem jungen Menschen das Selbstbewußtsein seiner eigenen Stärke. Viele unserer Politiker, der Gewerkschaftssekretäre oder an anderer Stelle gesellschaftliche Verantwortung tragenden Frauen und Männer kommen aus der Jugendarbeit und sind ihr heute noch verbunden.

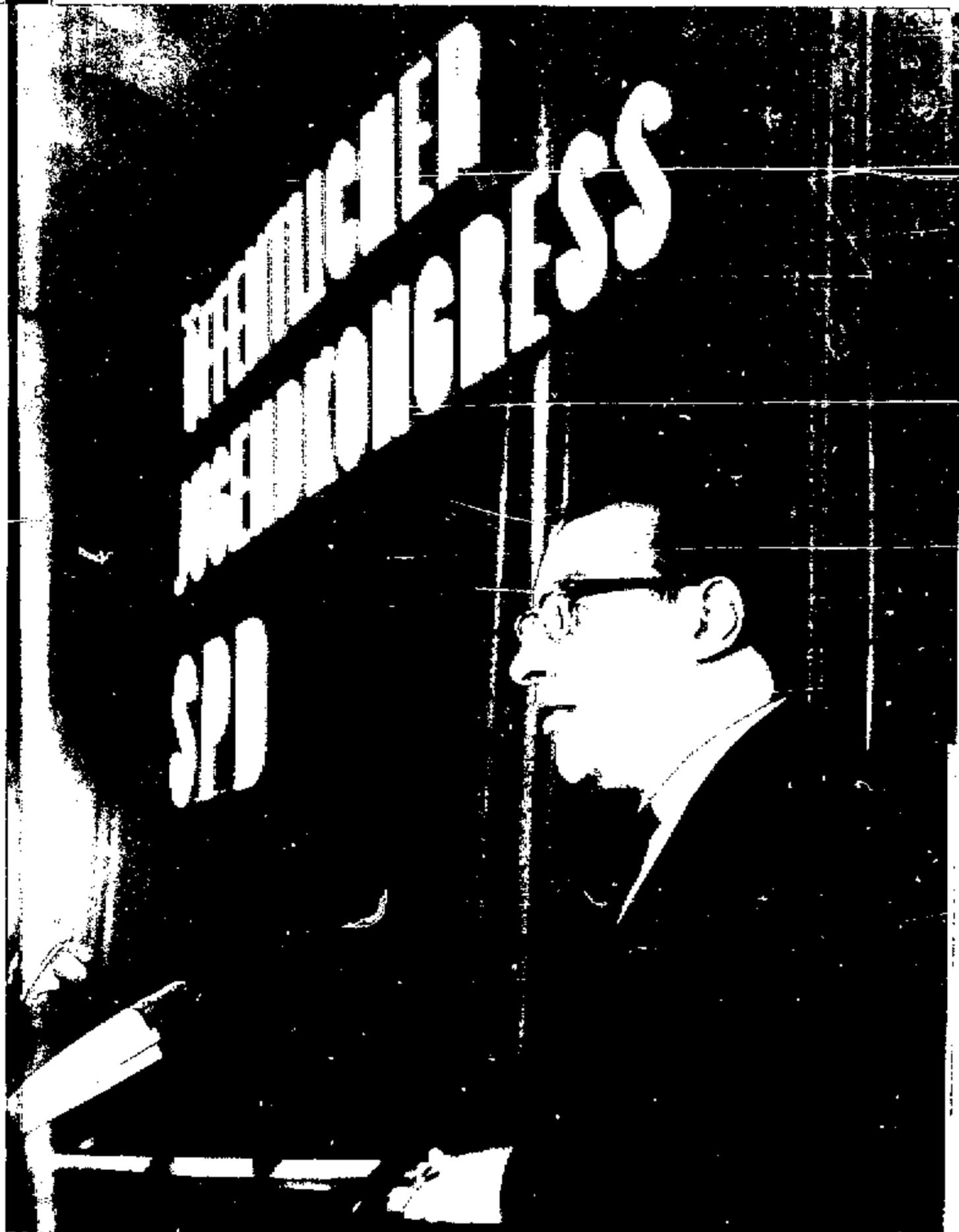
Die freiwilligen Zusammenschlüsse junger Menschen erreichen nicht jeden. Abgesehen von den ohnehin nicht „Organisierten“ ist ihr Wirkungskreis eingeeengt durch das Fehlen von Mitarbeitern und Gruppenleitern, die bereit sein müssen, in ihrer Freizeit Opfer zu bringen, wie sie an kaum einer anderen Stelle verlangt werden. Die Existenz unserer Jugendverbände war und ist abhängig von der ehrenamtlichen Mitarbeit der vielen ungenannten Gruppenleiter, die unter Verzicht auf persönliche Vorteile und unter Verzicht auf Würdigung ihrer Tätigkeit eine eminent wichtige gesellschaft-



Irma Keilhack, Jugendsenatorin in Hamburg und Vorsitzende des Jugendpolitischen Ausschusses beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



*Prof. Dr. Carl Ludwig Furck, Hamburg*



*Horst Zeidler, Bundesvorsitzender der SJD „Die Falken“.*



*Dr. Günther Müller, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.*



*Interessierte Zuhörer der älteren Generation, die beiden Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Erwin Schoettle und Prof. Carlo Schmid, daneben die SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Freyh und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bundesjugendringes, Heinz Westphal.*



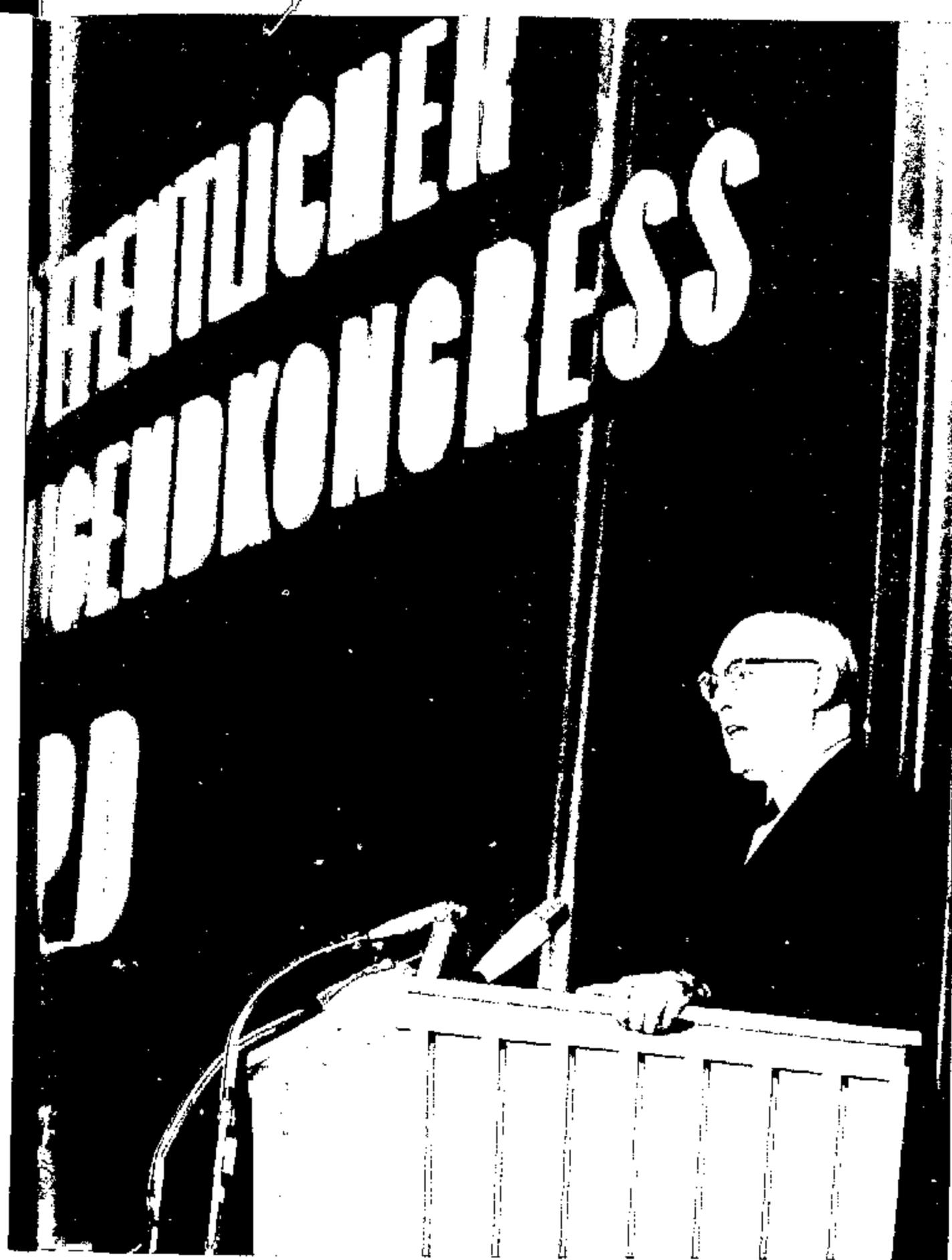
*Die jungen Männer waren in der Überzahl. Die jungen Damen haben das mit Charme und Intelligenz ausgeglichen.*



*Es wurde viel geraucht auf dem Kongreß. Hier der Schriftsteller  
Günter Grass.*



*Aufmerksame Zuhörer. Ausbilder der Jugendoffiziere in der Bundeswehr,  
Fregattenkapitän Meyer und Oberstleutnant von Piaten.*



*Es spricht Fritz Erler, der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.*

lich-politische Arbeit leisten. Ihr Einsatz legt den Grundstein für die Festigung der demokratischen Lebensordnung, hilft mit, den verantwortungsvollen Staatsbürger von morgen zu erziehen.

Es liegt im Wesen der Jugendarbeit begründet, daß sie gelegentlich unbequem wird; daß sie durch einzelne oder durch Organisationen an Tabus rührt, die sorgsam gehegt werden. Es gibt zahlreiche Beispiele in allen Lebensbereichen und auch in allen politischen Richtungen dafür; eine Aufzählung vor diesem Kreis, liebe Freunde, wäre vergeudete Zeit.

Wenn ich mich nochmals auf das Gespräch zwischen Fritz Erler und Günter Gaus beziehe, dann nicht wegen der Sicherung dieser Aussage, sondern weil ich glaube, daß Fritz Erler in dem Interview soviel Zutreffendes auch für heutige Jugendarbeit aus seiner eigenen Erfahrung beigesteuert hat, daß wir ihm dafür Dank schulden.

Er antwortet auf die Frage nach der politischen Einstellung seiner Kinder:

„Aber ich glaube, sagen zu können, daß alle in ihrem geistigen Horizont etwas in das hineingewachsen sind, was ich heute darstelle, aber natürlich auch mit dem entsprechenden Generationsunterschied und auch mit den Verschiedenheiten der einzelnen Anlagen. So wie ich in meiner Jugend etw. links von meinem Vater stand, würden meine Kinder bei allgemeiner Himmelsrichtung Sozialdemokratie innerhalb dieses großen Bereiches auch heute eher etwas links von mir stehen.“

Wenn die Forderung nach der Mitarbeit erhoben wird und wenn die Notwendigkeit der politischen Bildungsarbeit in Schule, Jugend- und Studentenverband, in Volkshochschule und anderen Einrichtungen betont wird, dann kann man sich mit dem Ergebnis nicht durch Ablehnung und Verbote auseinandersetzen. Politische Bildung fördert den wachen und kritischen Menschen. Sie soll ihn befähigen, seine Umwelt zu erkennen, wie sie ist, und sie hat, wenn sie erfolgreich war, zur Folge, daß das eigene Engagement herausgefordert wird. Erst dann, wenn sie hinführt zum eigenen, selbständigen Handeln für das Gesamtwohl in der Gesellschaft, ist ihr Zweck erfüllt.

Politische Bildung ist in ihrem Kern auf die Zukunft, auf die Bewältigung der Probleme von morgen gerichtet. Sie ist aber nicht losgelöst von der politischen Vergangenheit, daraus zu lernen, kritisch zu untersuchen und zu fragen, wie es zu der unmenschlichen Herrschaft der Nazis in Deutschland kommen konnte, ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der jungen Generation in diesem Land. Das Interesse der jungen Generation für die Vorgänge der Jahre 1933—1945 ist groß, die Antworten der Älteren sind leider nicht immer klar und eindeutig. Die Jugend erwartet das Be-

kenntnis zu unserer eigenen Geschichte und begreift nicht die juristische Diskussion um die Frage der Verjährungsfristen, einem Problem, das politisch gelöst werden muß und nur dadurch das Ansehen der jungen Demokratie im eigenen Land wie auch in anderen Staaten wiederherstellen kann.

Politische Bildung ist aber ebensowenig losgelöst von politischer Gegenwart. Dabei ist es gleichgültig, ob der junge politische Bildung direkt oder indirekt erlebt, ob er in politischen oder anderen Jugendverbänden, ob er durch die behördliche Jugendpflege oder in Jugendklubs beteiligt ist. Das Recht auf politische Willensäußerungen und Beteiligung insbesondere an den die junge Generation berührenden Entscheidungen muß gewahrt sein. Die jugendpolitischen Leitsätze stellen dazu fest, und wir hoffen, daß eine sozialdemokratische Bundesregierung Gelegenheit hat, diese Grundsätze in die Tat umzusetzen:

„Die junge Generation muß überall dort frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung hingezogen werden, wo es nur möglich ist. Nur dann werden einsichtsvolle und der Gesellschaft zugewandte Staatsbürger für die Demokratie heranwachsen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat Vertrauen zur Jugend. Sie fördert ihre Kritikfähigkeit und Aktivität und wird ihr helfen, die Herausforderung der Zukunft anzunehmen.“

Die Praxis der heutigen Jugendpolitik ist das jedenfalls nicht. Weiterhin bestimmen mangelndes Vertrauen in die Möglichkeiten der Selbstverwaltung die Richtlinien der Jugendpläne und die Zusammensetzung von Kuratorien und Beiräten auf den verschiedenen Ebenen.

Was soll man davon halten, wenn man weiß, daß das Kuratorium für das deutsch-französische Jugendwerk ein Durchschnittsalter von 58 Jahren aufweist und der Anteil der Jugendverbände knapp 10 Prozent der Mitglieder beträgt; andererseits aber etwa 35 Prozent der Maßnahmen des Jugendwerkes im Jahre 1964 von den Jugendverbänden durchgeführt wurden? Damit ist nebenbei noch erwiesen, daß die Verbände und Jugendorganisationen nicht auf das deutsch-französische Jugendwerk gewartet haben, um ihre freundschaftlichen Beziehungen zum westlichen Nachbarvolk zu pflegen. Die Vielzahl der Maßnahmen ist nur möglich gewesen, weil bereits sehr viel früher entsprechende Verbindungen bestanden.

Wie darüber hinaus ganz allgemein festgestellt werden muß, daß internationale Jugendbegegnung dazu beiträgt, das Verständnis für den anderen, das Verständnis für die Andersartigkeit zu wecken und damit gleichzeitig die für das innenpolitische Klima notwendige Toleranz fördert. Jugend und ihre Gemeinschaften haben großen Anteil an dem gewachse-

nen Vertrauen in die deutsche Demokratie; sie waren die ersten, die nach dem letzten Weltkrieg wieder in die entsprechenden internationalen Gemeinschaften und Zusammenschlüsse aufgenommen wurden und die dort häufig in leitenden und verantwortungsvollen Funktionen tätig sind.

Die große Sorge aller in der Jugendarbeit Stehenden ist die Gefahr der Einseitigkeit unserer internationalen Beziehungen, wie sie zweifelsohne durch das deutsch-französische Jugendwerk verstärkt wurde. Der Deutsche Bundesjugendring hat sich einmütig für die Schaffung eines europäischen Jugendwerkes ausgesprochen; die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Es braucht sicher nicht betont zu werden, liebe Freunde, daß das nicht in der Gegnerschaft zum deutsch-französischen Ausgleich seine Ursachen hat. So sehr wir Verständnis mit dem französischen Volk wollen, so dringend notwendig erscheint uns aber die gleichberechtigte Begegnung mit der Jugend anderer Völker. Ein vereinigtes Europa ist nur denkbar bei der Beteiligung aller Völker und Nationen dieses Kontinents.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle hinzufügen: Die deutsche Jugend hat aus dem Empfinden für die moralische Verpflichtung vordringlich das Bedürfnis, herzliche Beziehungen zum israelischen Volk und damit zu den Juden in aller Welt herzustellen. Die am Grundsätzlichen orientierte und nicht so stark nach tagespolitischen Entscheidungen ausgerichtete Meinung in der jungen Generation wünscht und fordert die volle diplomatische Anerkennung Israels. Wir wissen um die Schwierigkeiten, halten aber dennoch daran fest, daß von uns aus endlich der erste Schritt getan werden muß, um die Verpflichtung gegenüber den zahllosen Opfern, die das jüdische Volk gebracht hat, zu erfüllen.

Und ähnlich ist die Situation gegenüber unseren östlichen Nachbarstaaten. Das, was in der Diskussion mit Ostkontakten bezeichnet wird, dennoch aber nichts anderes ist als die internationale Jugendbegegnung, wie sie mit anderen Staaten gepflegt wird, ist nicht entstanden aus der Lust an der Sensation um der Sensation willen. Die junge Generation in allen Ländern ist sich darüber einig, daß wir miteinander reden müssen, weil wir trotz unterschiedlicher Staatssysteme und Weltanschauungen miteinander reden müssen.

Und wenn Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin davon spricht, daß kleine Schritte besser seien als gar keine Schritte, dann trifft er damit das Empfinden der jungen Menschen in diesem Land. Wir sollten nicht ängstlich sein; die Jugend der freien Welt ist den Gesprächen und Diskussionen durchaus gewachsen. Genausowenig, wie man lebendige demokratische

Wirklichkeit durch Studium des Grundgesetzes oder durch Kenntnisse über die Formalien der Gesetzgebung erfaßt, so wenig wird man dem Schlagwort „Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ dadurch entsprechen, daß man sich mit kommunistischer Wirklichkeit nur am Pappkameraden ihrer Theorie und Programmatik auseinandersetzt. Der Wunsch nach praktischen Bewährungsmöglichkeiten für theoretische Überzeugungen ist in der Jugend besonders stark. Die darin liegende Chance zu nutzen, ist im Interesse des deutschen Volkes und seiner staatlichen Wiedervereinigung.

Die Romscheider Erklärung des Deutschen Bundesjugendringes — verabschiedet unter Zustimmung aller Verbände — eröffnet neue Perspektiven. Unser Standpunkt in dieser Frage ist klar und eindeutig; er gestattet keinen Zweifel an der demokratischen Zuverlässigkeit, die ja nicht gemessen werden kann an der Übereinstimmung mit den Vorstellungen der jeweiligen Regierungen.

Und wenn der offizielle Gegenbesuch des Sozialistischen Jugendverbandes in die UdSSR jetzt schon mehr als eineinhalb Jahre nicht zustande kommt, weil wir in eine solche Delegation als vollberechtigte Mitglieder unseres Verbandes Berliner Freunde aufnehmen werden, dann sind damit gleichzeitig die Grenzen solcher Kontakte angedeutet. Für uns sind die Bundesrepublik und der freie Teil Berlins eine Einheit, und wir werden weder die andere Auffassung der Ostblockstaaten noch das andere Verhalten anderer Verbände in der Bundesrepublik für uns akzeptieren. Die Auseinandersetzungen um diese Fragen haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Jugendarbeit gelenkt. In Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde der Fragenkomplex kommentiert. Wir würden uns wünschen, daß die Jugendarbeit allgemein mehr öffentliche Resonanz findet. Sicher tragen die Jugendverbände ein Teil Schuld mit; die Traditionen klassischer Jugendarbeit stehen häufig dem Wunsch nach größerer Publizität entgegen, wie auch andererseits mangelnde Kenntnisse bei den Redakteuren dadurch bedingt sind. Aber ist es nicht an der Zeit, das zu ändern? Davon sind auch die Jugendwohlfahrtsausschüsse, die Jugendbehörden der Gemeinden und Länder betroffen. Viel zu wenig erfährt die Öffentlichkeit von ihrer Tätigkeit; es sei denn, daß irgendwo gelegentlich die Einweihung eines neuen Heimes stattfindet.

Die Arbeit der Jugendpfleger einer Stadt und die Arbeit der freien Jugendverbände dienen dem gleichen Ziel: die Hinführung des jungen Menschen zur Gesellschaft und die Weckung seines Verantwortungsbewußtseins für sich und die Gemeinschaft.

Beide haben zusätzliche, neue Wege und Methoden gefunden. Die offene Arbeit — das Heranführen an bestimmte Teilbereiche wie Fahrt, Zeltlager

oder staatsbürgerliche Bildungsarbeit — ist weitestgehend Bestandteil auch der Arbeit in den Verbänden geworden, ohne daß dadurch die geschlossene Gruppe an Bedeutung verloren hätte.

Dabei ist zu beachten, daß die Chancengleichheit gewahrt wird. Die größere Finanzkraft einer Gemeinde darf nicht dazu führen, daß die Maßnahmen der behördlichen Jugendpflege attraktiver und damit anziehender gestaltet werden, und darf auch nicht dazu führen, daß sich allmählich so etwas wie eine eigene städtische Jugendorganisation herausbildet.

Es muß das Bestreben aller in der Jugendarbeit Tätigen sein, das persönliche Engagement des Jugendlichen herauszufordern und sicherzustellen, daß die Mitarbeit in einer Gruppe — sei es für bestimmte Maßnahmen oder auch für längere Zeitabschnitte — die spätere Mitwirkung in Staat und Gesellschaft zur Folge hat. Dazu ist größtmögliche Freizügigkeit notwendig. Jugend und Jugendarbeit läßt sich nicht in ein starres Schema pressen. Die schnell fortschreitende Technisierung bringt neue Probleme und überholt mit Riesenschritten sichergeglaubte Erfahrungswerte; dabei dann auch die einzelnen Positionen der Jugendförderungspläne, von denen ohnehin zu Unrecht angenommen wird, daß sie der Finanzierung einer großen Jugendbürokratie dienen. Sowohl die Höhe der Jugendförderungsmittel wie die Zahl der in der freien Jugendarbeit vorhandenen hauptamtlichen Kräfte stehen in einem krassen Mißverhältnis zur geleisteten Arbeit wie auch zu den Förderungssummen, die in anderen Plänen enthalten sind.

So „grün“ Jugend immer angesehen werden mag, das entspricht nicht den Verpflichtungen, die Staat und Gesellschaft übernehmen müssen. Gerade der wirtschaftlich schwächste Teil erhält die häufigsten Hinweise auf Selbsthilfe und wird durch die Förderungsrichtlinien am stärksten eingeschränkt. Es bedarf großer Anstrengungen und langer Diskussionen, um vor langer Zeit festgelegte Positionen zu verändern. Der Staat nimmt in unzulässiger Weise auf diesem Weg Einfluß auf die Gestaltung der Jugendarbeit. Durch die Förderungspositionen in den Jugendplänen bestimmt er den prozentualen Anteil von Bildungsmaßnahmen, von Fahrt und Wanderungen, von Neuanschaffungen bei Büchern und Musikinstrumenten.

Damit es in diesem Punkt keine Mißverständnisse gibt: Ich fordere hier weder mehr Geld für die Verbände noch geht es um den Abrechnungsmodus und die notwendige Kontrolle über die Verwendung der Gelder. Ich meine nur, daß die Förderung der Jugendarbeit in den Gemeinden, den Ländern und auch im Bund den gestellten Aufgaben angemessener und freizügiger als bisher entsprechen muß.

Im Landesjugendplan von Nordrhein-Westfalen wurde erst vor kurzer Zeit eine größere Freizügigkeit der Verbände dadurch hergestellt, daß die früher vorhandenen Einzelpositionen für die Anschaffung von Büchern, Musikinstrumenten, Zeltlagermaterial, Bildwerfern und Filmgeräten in einer Sammelposition zusammengefaßt sind und der Selbstbestimmung durch die Verbände unterliegen. Das durch den jeweiligen Verband gesetzte Ziel und die daraus abgeleiteten Aufgaben sind für den genannten Teilbereich dadurch wieder ausschlaggebend geworden. Wer sich darüber wundert, daß die wirtschaftlich schwachen Jugendvereinigungen ihre Vorhaben zumindest teilweise den Zuschußmöglichkeiten anpassen, hat noch nicht bemerkt, daß sie nicht wie bestimmte Interessengruppen genügend Einfluß haben, um sich eigene Wünsche zu erfüllen. Kluge Köpfe haben errechnet, daß durch den Bundesjugendplan pro Mitglied für die Verbände des Deutschen Bundesjugendringes weniger als 2,00 DM pro Jahr ausgegeben werden, wo hingegen die Parteienfinanzierung auf die Mitgliederzahl in diesen Parteien bezogen mehr als 30,00 DM beträgt.

Die Freizügigkeit auszudehnen und von daher die Beweglichkeit und Unabhängigkeit der Jugendarbeit zu sichern, ist nur durch politische Entscheidungen möglich. Die Jugendausschüsse der Landtage wie der Jugendausschuß des Bundestages sind die Gremien, deren vorbereitende Arbeit die Grundlagen für parlamentarische Entscheidungen schafft, durch die einer bereits gegebenen Verbürokratisierung der Jugendpläne entgegengewirkt werden kann. Sie werden dabei durch die Jugendringe unterstützt, deren Beteiligung an den Beratungen sichergestellt werden muß. Wir appellieren in diesem Zusammenhang an alle politischen Fraktionen auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen, in die Jugendausschüsse ihre qualifiziertesten Vertreter zu entsenden. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß das nicht immer und nicht überall so geschehen ist, daß sich aber doch nach und nach ein Wandel der Auffassungen vollzogen hat und besonders die Sozialdemokratische Partei heute aus ehrlicher Überzeugung vielfach so verfährt.

Es ist bedauerlich, daß das neu zu bildende Bundesjugendkuratorium bis heute nicht berufen ist. Der Auflösung des Aktionsausschusses im Juni 1964 folgte erst im Februar 1965 der Beschluß der Regierung über die Bildung des Kuratoriums, dem 35 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Wir hoffen sehr, daß das Kuratorium in seiner Zusammensetzung ein arbeitsfähiges Gremium wird, das koordinierend wirkt und Mittel und Wege findet, eine sinnvolle Empfehlung für die Zuordnung der Jugendämter und Jugendbehörden in den einzelnen Ländern auszusprechen.

Der Gedanke eines Ministeriums für Jugend und Sport ist wiederholt geäußert, das Für und Wider muß erörtert werden.

Unter dem Gesichtspunkt der stärkeren Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Geschehen gilt es aber auch zu prüfen, ob die dafür in Frage kommenden Parteien, Verbände und Organisationen der Erwachsenen die notwendige Bereitschaft zeigen. Die Zusammenarbeit verschiedener Generationen ist sicher nicht immer ohne Spannungen; aber Geduld und Toleranz sind ebenso sicher wie Achtung und Anerkennung von Erfahrungen Verhaltensweisen, die vieles erleichtern. Sowenig das Alter vor Torheiten schützt, sowenig ist andererseits jung sein eine ausreichende Qualifikation. Die Eignung für die Bewältigung der gestellten Aufgaben ist unabhängig vom Alter das einzig mögliche Kriterium für personelle Entscheidungen.

Der politische Jugendverband, der sich als Interessenvereinigung zur Erringung von Mandaten für seine Mitglieder versteht und diese Mitgliedschaft als wesentlichste Voraussetzung betrachtet, entspricht ebensowenig seiner Aufgabe wie der Kreis Älterer, der entsprechende Versorgungen als Belohnung für langjährige Mitgliedschaft sicherstellen möchte.

Die Aufgaben der Gegenwart und die Bewältigung der Zukunft verlangen gebieterisch nach der gemeinsamen, auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Zusammenarbeit der Generationen.

In den jugendpolitischen Leitsätzen ist das abschließend und zutreffend so formuliert:

„Doch so sehr die Jugend der Hilfe und des Vertrauens von Staat und Gesellschaft bedarf, so unerlässlich ist für Staat und Gesellschaft und für sie selbst ihre Mitwirkung bei der Bewältigung der öffentlichen Aufgaben. Sie kann fordern, daß Staat und Gesellschaft leisten, wessen sie bedarf. Ihr ist aufgegeben, sich im Bewußtsein eigener Verantwortung in Staat und Gesellschaft so einzugliedern, daß sie mit-helfen kann, die Zukunft zu meistern.“

Die junge Generation ist dazu sowohl bereit wie befähigt.

# **Jugendpolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Dr. GÜNTHER MÖLLER

Bundsvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Leitsätze für Jugendpolitik zu veröffentlichen, ist nicht unbedingt eine Neuigkeit in der Geschichte der Politik — aber die Tatsache, daß man sich mit der Jugend beschäftigt, ist verhältnismäßig jüngeren Datums.

Es war die Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, die sich zum ersten Male der Kinder und Jugendlichen annahm. Vorher waren Jugendliche und Kinder einzig von der Verfügungsgewalt der Eltern her interessant. Noch im Jahre 1856 wurde in einem deutschen Landtag ein Antrag um ein Gesetz gegen die Kinderarbeit mit dem Satz „daß dadurch das heiligste Recht der Eltern, die Verfügungsgewalt über ihre Kinder eingeschränkt werde“ abgelehnt.

Vor 100 Jahren in unserer Industriegesellschaft — in den Entwicklungsländern zum Teil bis zum heutigen Tag — hatten die Kinder die grundsätzliche Aufgabe bei Alter und Krankheit für die Eltern zu sorgen. Sie waren Sozial- und Altersversicherung zugleich.

Heute hat sich diese Funktion in den Äußerlichkeiten gewandelt. Im Kern ist sie gleich geblieben.

In der Politik von heute werden die Grundlagen der Zukunft gelegt, in den Fehlern von heute die Katastrophen der Zukunft vorbereitet.

Dabei erleben wir gegenüber der Zeit vor wenigen Jahrzehnten eine grundsätzliche Wandlung. Der Sprung zwischen den Generationen wird immer größer. Im 18. Jahrhundert hatten Vater und Sohn noch dieselbe Erfahrungswelt, heute besteht sie schon nicht mehr zwischen den Brüdern.

Die Entwicklung der Menschheit beschleunigt sich immer mehr. In den letzten 25 Jahren wurde in den Naturwissenschaften mehr entdeckt, als in all den Jahrtausenden vorher. Um mit Pierre Bertaux zu sprechen, die Menschheit erlebt im Zeitalter der Kybernetik eine Mutation. Nach der ersten Kulturschwelle im Neolithikum, sind wir jetzt an der zweiten angelangt.

Immer mehr junge Menschen bevölkern diese Erde. Schon heute ist die Hälfte der Menschheit unter 14 Jahre alt. Die Jugend hat die absolute

Mehrheit. Diese Jugend ist mehr denn je gezwungen, auf eigenen Beinen zu stehen, ihre Zukunft, die Zukunft der Menschheit selbst zu gestalten.

Eine spezielle Jugendpolitik zu betreiben ist deshalb fast überflüssig geworden. Sie hat heute ein Bestandteil der Gesamtpolitik zu sein, die sich im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten weniger mit der Gegenwart als vielmehr mit der Zukunft zu befassen hat.

Leider hat die deutsche Politik noch nicht einmal das Problem der Bewältigung der Vergangenheit und die Meisterung der Gegenwart gelöst.

Unsere Politik wurzelt allzusehr im Denken des 19. Jahrhunderts. Nicht nur unser Strafgesetzbuch — das zweite nach der Carolina von 1531 — blickt nun bald auf ein ehrwürdiges Alter von 100 Jahren zurück, unser Schulwesen lehrt nicht nur alte Sprachen, es spricht sie auch.

Selbst die Familie — die Urzelle der Menschheit — hat Veränderungen durchgemacht. Das 19. Jahrhundert mit seinem spießbürgerlichen Milieu, dessen Literatur entsprechend Courths-Mahlers Grafen, und das Märchen vom Müllerssohn und der Prinzessin waren, ist heute passé.

Unsere Gesetzgebung und das Verständnis der Öffentlichkeit jedoch haben den großen Sprung noch nicht vollzogen.

Die heutige Jugend heiratet früher, gründet früher eine Familie. Dies ist nicht einem allgemeinen Sittenverfall zuzuschreiben, wie man gelegentlich glaubt, sondern erhöhtem Verantwortungsbewußtsein und der Bereitschaft zur Partnerschaft.

Wenn daher die Sozialdemokratische Partei in ihren Leitsätzen zur Jugendpolitik die Familie an den Anfang gestellt hat, dann tut sie das nicht von ungefähr.

Die junge Familie muß gefördert werden. Jungen Familien muß die Errichtung eines eigenen Hausstandes durch Darlehen erleichtert werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Bereitstellung einer geeigneten Wohnung. Echte Eigentumsbildung würde durch ein Sonderprogramm für Eigentumswohnungen für junge Familien ermöglicht werden. Die gegenwärtige Wohnungsbaupolitik entspricht nicht diesen Forderungen.

Eine Reform des Familienlastenausgleichs und die Gleichstellung aller Kinder sind dringend erforderlich.

Eine Familiengründung ist unter den heutigen Umständen meist nur durch die Mitarbeit der Ehefrau möglich. Die Teilzeitarbeit mit entsprechenden

steuerlichen Richtlinien würde es ermöglichen, das Recht des Kindes auf mütterliche Pflege und Erziehung zu gewährleisten. Der Staat selbst hat hier den Auftrag, im Bereich des öffentlichen Dienstes vorbildlich voranzugehen. Unsere Steuergesetzgebung ist in diesem Bereich veraltet und geht von falschen Prämissen aus. Die Belastung der jungen Familien durch den Fiskus ist besonders hoch. Eine Steuerabsetzbarkeit der Aussteuer bei den Eltern entspricht weitgehend nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen, da die meisten jungen Ehen auf der eigenen Leistung der Ehepartner aufbauen, die besonders besteuert wird.

Unsere Steuergesetzgebung ist oft antisozial und antiquiert. Nur zwei Beispiele:

Eine Promotion oder die Kosten für ein Examen kann ich heute nicht von der Steuer absetzen, die Bewirtung auf einer eigenen Segeljacht, bei einem Gespräch mit Geschäftsfreunden, ist jedoch steuerlich abzugsfähig.

Die Schultasche für mein Kind ist mein privater Luxus, aber wie der 62. Katalog für Werbegeschenke einer Karlsruher Firma betont, ist die Aufsichtsratsmappe aus echtem Krokodilleder für den Preis von DM 598,— voll steuerabzugsfähig.

Wie heißt es doch im Grundgesetz? Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat.

Immer wieder wird in der Öffentlichkeit darüber geklagt, wie unvorbereitet junge Menschen in die Ehe gehen. Was tut man dagegen? Gibt es genug Ehe- und Erziehungsberatungsstellen? Denkt man überhaupt daran, Einrichtungen zu schaffen, in denen eine Beratung im Sinne verantwortungsbewußter Elternschaft möglich ist? Die stärkste Regierungspartei rühmt sich höchstens, eine Himmlerische Polizeiverordnung aus dem Jahre 1941 noch am Leben zu erhalten, die dafür sorgte, daß dem Führer durch gewisse Automaten nicht die Zahl der Soldaten beschränkt wurde.

Kindergärten und Tagesheime sind vor allem auf dem Lande nicht in diesem Maße vorhanden, wie sie den heutigen Bedürfnissen entsprächen. Leider werden unsere Schulen immer noch nach Plänen gebaut, die im Hinblick auf die Einführung von Tagesheimschulen veraltet sind.

Unsere Gesellschaft lebt heute weitgehend vom Verzehr der im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts angehäuften geistigen Reserven.

Unser Schulwesen, das zur Zeit Wilhelm von Humboldts modern war, kann es heute nicht mehr sein. Das Zeitalter der Automation und der Kybernetik braucht eine andere Schule. Der Begriff der Bildung ist dringend revisionsbedürftig. Für viele galt eben derjenige als gebildet, der es

sich leisten konnte, auf den Handarbeiter herabzusehen. Wobei gerade jene, die von der Zweckfreiheit der Bildung sprachen, an Eintrittskarten für eine andere Gesellschaftsschicht dachten.

Der Pädagoge Friedrich Paulsen spottete schon 1906, daß man ohne Bildung ja schließlich leben könne, nicht aber ohne Berechtigungen. Der Berechtigungsschein des einjährig Freiwilligen wurde zum Götzen einer ganzen Generation des deutschen Bürgertums.

Leider ist die Welt der Schule heute vor allem eine Wissenswelt, eine Sache, die im Wissen zu bewältigen ist. Wo aber erwirbt man sich die Fähigkeiten, die Möglichkeit der Kooperation und Kommunikation? Die Gegenstände der Schulbildung sind in der Mehrzahl vergangen und in der Schule fast prinzipiell abwesend, wenn man von ein paar ausgestopften Vögeln und Bunsenbrennern absieht, im Leben in der Arbeitswelt sind sie gegenwärtig.

In der allgemeinbildenden Schule wird die Verketzerung des Spezialisten betrieben. Man ist stolz auf die Zweckfreiheit und verdrängt die Nützlichkeit. Dabei wird das Leben der Kinder und das der sie umgebenden Erwachsenen kaum von etwas so sehr bestimmt wie von Nützlichkeit und Arbeitsteilung — neben der Sexualität und der Frage nach den Preisen, und den Formen der offenen und geheimen Gewalt — aber das sind ja Dinge, die ebenfalls in der Schule nicht vorkommen.

Die Schule sollte keine monologische, einsame Geistigkeit betreiben, sondern sich an der Wirklichkeit orientieren, die auf den Dialog und die Kommunikation angewiesen ist.

Die Sozialdemokratische Partei hat in ihren bildungspolitischen Leitsätzen umfassende Vorschläge für eine Schulreform vorgelegt, die den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft gerecht werden.

Von der überkommenen vertikalen Gliederung muß man zu einem horizontalen Stufenaufbau kommen, der den Alters- und Entwicklungsstufen der Schüler entspricht. Ein neuntes und zehntes Schuljahr sind selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß in unserer schnellebigen Zeit die Anregung zur Weiterbildung nach dem Schulbesuch Gegenstand des Unterrichts sein muß. Die Fragen der Erwachsenenbildung, auch bei den noch jungen Menschen, haben steigende Bedeutung.

Im einzelnen sollte als Sofortmaßnahme durchgeführt werden:

Verstärkung des Ausbaus und der Förderung von Sonderschulen und Sonderschulklassen.

Beschleunigter Ausbau von Mittelpunktschulen auf dem Lande.

Verstärktes Angebot weiterführender Schulen und Schulzüge, insbesondere außerhalb der großen Städte.

Verstärkte Differenzierung nach Begabungsarten in allen Schulen.

Senken der Zahlenrelation Schüler je Lehrer in allen Schulen und Hochschulen.

Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten.

Verstärkte Bereitstellung von Schulen für das Erproben neuer Systeme, Methoden und Lehrmittel.

Verstärkte Errichtung von Tagesheimschulen und Ganztagschulen.

Intensivierung des Ausbaus von beruflichen Vollzeitschulen.

Einführung des Unterrichts in einer Fremdsprache nach den Vereinbarungen der europäischen Kultusminister in allen Schulen ab dem 10. Lebensjahr.

Verstärktes Angebot von Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Koordinierung der Möglichkeiten des Zweiten Bildungsweges.

Einführung, Erleichterung und Ausweitung des Fernstudiums.

Beschleunigter Ausbau der Hochschulen und lehrerbildenden Anstalten.

Unsere Hochschulen und Universitäten sind dringend reformbedürftig. Leider besteht die Gefahr, daß die Chance der Neugründung nicht dazu benutzt wird, eine echte Hochschulreform durchzuführen.

Das hierarchische System an unseren Hochschulen entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Anforderungen unserer Zeit. Die Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland dürfte zu einem großen Teil nicht auf finanzielle Lockungen, sondern auf einen Verzicht auf die Ochsentour der deutschen akademischen Laufbahn zurückzuführen sein.

Das Fakultätssystem ist überholbedürftig — das Departmentsystem, von Nobel-Preisträger Mössbauer in München als Bedingung seiner Rückkehr durchgesetzt, ein nachahmenswertes Beispiel.

Die Studien dauern an unseren Hochschulen zu lange. Es ist ein untragbarer Zustand, daß der Akademiker in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Staaten vier bis fünf Jahre später in das Berufsleben eintritt.

Der Staat hat es ebenfalls in der Hand, durch eine Reform der Referendar-ausbildung die Tage des nutzlosen Herumsitzens in der Gegenwart zu beschränken. Über die sozialen Mißverhältnisse unter den Studenten im Ver-

gleich zum Bevölkerungsquerschnitt zu sprechen erübrigte sich fast, wenn — obwohl man seit Jahren davon spricht — etwas geschehen wäre.

Während aus den unteren 25 Prozent der deutschen Gesellschaft nur 1 Prozent der Studenten kommen, sind es aus der obersten — 1 Prozent der Gesellschaft — 25 Prozent aller Studenten. Eine Million Landarbeiter in der Bundesrepublik stellten 1959 ganze 80 Studenten aus ihren Familien, eine Million Beamtenfamilien 52 000 Studenten.

In keinem Land der westlichen Welt ist die Zahl der Arbeiterkinder an höheren Schulen und Universitäten so gering wie in der Bundesrepublik. Nur 8 Prozent Arbeiterkinder gehen auf ein Gymnasium, nur 5 Prozent studieren. Sicher, es gibt keinen Numerus clausus, der dem Sohn eines Fliesenlegers das Studium der Ägyptologie verwehrt. Aber es gibt finanzielle und psychologische Hindernisse, die ihm den Eintritt versperren.

Kaum ein Stand findet in Arbeiterkreisen so viele Ressentiments als der des Studienrates. Man sollte hier den Gründen einmal nachgehen.

Leider hat die Bundesregierung in der Beseitigung dieses Mißverhältnisses an den deutschen Hochschulen versagt. Die in der Regierungserklärung von 1961 vorgesehenen 500 Millionen zur Förderung der Bildung von Arbeiterkindern haben sich 1965 in ein Taschengeld für höhere Schüler verwandelt. Der Schaffung etwa eines Honnefer Modells auf Gymnasialebene zog man das Gießkannenprinzip vor.

Es muß sich schon um einen komischen Sozialstaat handeln, in dem man den Kranken, gleich ob reich oder arm, an den Krankheitskosten beteiligen will, den 25 Prozent der Studenten, die aus dem 1 Prozent der obersten deutschen Gesellschaftsschicht kommen, aber ein Taschengeld gibt, das nur 80 von den Landarbeiterkindern erhalten.

Der Auftrag des Bundestages von 1959, ein Gesetz über Ausbildungsbeihilfen vorzulegen, wurde von der Bundesregierung nicht erfüllt. Jugend- und Studentenverbände, Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich positiv zu dem Gesetzentwurf der SPD und einem leider in der Schublade des Jugendministeriums verbliebenen Referentenentwurfes geäußert. Dafür wurde das weder bildungs- noch sozialpolitisch interessante „Pennäler-Gehalt“ noch rechtzeitig vor den Wahlen geboren.

Das deutsche Schul- und Bildungswesen bedarf keiner solchen Geschenke, sondern einer grundsätzlichen Reform. Man kann nicht bei der Wissenschaft Abstriche machen, um sich von einer jahrelangen falschen Agrarpolitik wahlpolitisch freizukaufen. Unsere Zukunft, die Zukunft der jungen Generation ist gefährdet, wenn nicht Eltern und Öffentlichkeit — und auch wir selber — hier die Regierung zu mehr Taten zwingen.

Der Bruch, der an unseren Universitäten zwischen Arbeiter- und Bauernkindern auf der einen Seite und den anderen Schichten unseres Volkes besteht, zeigt sich in fast ebenso erschreckendem Maße zwischen Stadt und Land. Die Probleme der deutschen Landwirtschaft werden nur gelöst, wenn draußen auf dem Dorf ein Partnerschaftsverhältnis zwischen Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft hergestellt wird. Dies kann nur durch die junge Generation geschehen. Die bayerische Landjugend hat auf ihrem letzten Landjugendtag in aller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Wurzel für die Reform bei der Erziehungs- und Jugendarbeit liegt. Wörtlich sprach man davon, daß diese Arbeit in einem Maße verstärkt werden muß, „das die Vorstellung auch von revolutionär denkenden Menschen noch übersteigt“.

Das klingt schon etwas anders als die Furcht gewisser deutscher Ministerpräsidenten vor der entsittlichenden Kraft des Schulbusses und der entseelenden Wirkung der Mittelpunktschule. Man sollte endlich davon abkommen, Rücksichten auf ländliche Wähler als Alibi für das eigene Nichtwollen von Reformen zu benutzen.

Auch die FAZ kann von diesen Bremsern nicht als Alibi angeführt werden, denn sie schrieb im April vergangenen Jahres in einem Leitartikel, daß wir Deutsche auf dem besten Wege seien, die Clochards der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werden, wenn wir nicht endlich bereit seien, mehr für die Bildung zu tun. Nun, vielleicht sieht es mit dem körperlichen Zustand unseres Volkes etwas besser aus. Die Musteringsergebnisse der Bundeswehr und die Untersuchungen an unseren Schulen ergeben jedoch auch hier eine negative Bilanz.

Der deutschen Volkswirtschaft könnte viel Geld gespart werden, wenn man sich mehr um den Gesundheitszustand, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge und den Sport der jungen Menschen kümmern würde. Aber auf dem Kongreß der Zentrale für Volksgesundheit 1959 in Frankfurt am Main stellte man fest, daß man auf dem Gebiet der Jugendgesundheitsfürsorge noch nicht den Stand 1930 erreicht habe.

Was heute an unserer Jugend auf dem Gebiet des Schulsports gesündigt wird, läßt sich kaum aufzählen. Es fehlt an Turnhallen, Bädern und Sportplätzen. Lehrkräfte sind Mangelware. An den pädagogischen Hochschulen wählen nur etwa 10 Prozent Sport als Prüfungsfach. Der Staat hat nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen, um den Mangel an Sportlehrern auszugleichen. Heute fehlen an den höheren Schulen 50 Prozent der benötigten Leibeserzieher. Als ich 1953 mein Studium an der bayerischen Sportakademie in München-Grünwald begonnen hatte, waren damals nur 26 Bewerber angenommen worden, weil man angeblich später nicht mehr auf Planstellen

unterbringen könne. Welche Planung! Heute sind wir schon soweit, daß diejenigen, die von einer täglichen Turnstunde zu sprechen wagen, der Phraseologie bezichtigt werden. Und es gibt ernsthafte Leute, die den Notstand an den Schulen auf dem Gebiete der Leibeserziehung so groß sehen, daß erst in ferner Zukunft dieses Ziel, das in unserer so bewegungsarmen Zeit so notwendig wäre, angepeilt werden kann. Bei diesen Mißständen ist es um so erstaunlicher, daß die ehrenamtliche Arbeit von rund 100 000 Jugendleitern in den 30 000 Sportvereinen des Bundesgebietes nicht mehr beachtet wird. Sie leisten für den Staat nach dem Subsidiaritätsprinzip eine Hilfe, ja springen für ihn oft ein, die auch in der Zuschußfinanzierung an die Vereine mehr gewürdigt werden sollte.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die schon an anderer Stelle als Hindernis erwähnt wurden, führen auch zu einer Ungleichheit im Sport. Dort wo im Hinblick auf die Technisierung der Arbeiter-Sport dringend nötig wäre, in den Berufsschulen, ist die Lage am katastrophalsten. Auch hier wieder die mangelnde Chancengleichheit. Die Olympiafahrt der deutschen Jugend 1964 benachteiligte entscheidend die Berufsschüler, da sie nicht an den Bundesjugendspielen teilnehmen können.

Die Sozialdemokratische Partei hat in ihren Leitsätzen zur Förderung von Leibeserziehung und Sport klare Grundsätze aufgestellt, die die Diskriminierung des Sports, die heute noch gelegentlich auf dem Gebiet des Erziehungswesens zu finden ist, zu beseitigen sucht.

Maßnahmen, die dem Schulsport helfen, die Arbeit der Vereine unterstützen und den zweiten Weg ausbauen, sind nötig.

Wer glaubt, dadurch den Sport zu fördern, daß er volltaugliche Eiskunstläufer von der Bundeswehr freistellt, damit sie dann als singende Stars im Rahmen kultureller Außenpolitik in Ostblockländern Mutproben ihrer Fähigkeiten geben, begibt sich selbst aufs Glacé.

Damit wären auch ein paar Worte zum jungen Menschen in der Bundeswehr zu sagen. Die meisten jungen Menschen haben Verständnis dafür, daß so wie die Verhältnisse nun einmal sind, eine Bundeswehr notwendig ist. Sie sind keine Hurripatrioten, sondern Bürger. Leider aber ist auch hier die Chance Gleichheit nicht gegeben, denn der Arbeitersohn, der wieder Arbeit wird, wird eher eingezogen als der höhere Schüler und Student. Andererseits kann zum Beispiel ein Musikstudent sein Studium nicht fortsetzen, weil er nicht zurückgestellt werden kann, während der oben erwähnte Schlittschuhkünstler harte DM und weiche Kronen verdienen kann, da er als Amateur und Olympiateilnehmer nichts anderes als Schlittschuhfahren lernen konnte.

Die heutige junge Generation hat ein Empfinden für Recht und Unrecht. Sie mucken nicht so auf wie früher. Aber genauso wie sie im ebenerwähnten Fall die Ungerechtigkeit verurteilt, hat sie kein Verständnis für den Militärbetrieb im Stile des 19. Jahrhunderts.

Unsere Demokratie braucht moderne Soldaten und moderne Offiziere, die bewußte Bürger dieser Demokratie sind. Die Innere Führung darf kein Schlagwort sein, sondern sie muß praktiziert werden. Der Satz von Reinhold Niebuhr „Die Fähigkeit des Menschen zur Gerechtigkeit ermöglicht Demokratie, seine Neigung zur Ungerechtigkeit erfordert sie“ muß auch hier Wirklichkeit werden.

Die wichtigste Forderung der jugendpolitischen Leitsätze der SPD steht in ihrer Präambel. „Die junge Generation muß überall dort frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung herangezogen werden, wo es nur möglich ist. Nur dann werden einsichtvolle und der Gesellschaft zugewandte Staatsbürger für die Demokratie heranwachsen“.

Leider führt man die Jugend nicht überall heran. Man erwartet sich mehr von Obrigkeitsdenken und Verboten. Filme über nationalsozialistische Verbrechen sind für unter 18jährige auch im Unterricht tabu, Kriminalfilme mit vielen Toten schon ab 12 Jahren freigegeben. 20jährige Gymnasiasten müssen in einer bayerischen Kreisstadt im Winter um 20 Uhr, im Sommer um 21 Uhr in ihrer Wohnung sein, damit sie nicht sittlich gefährdet werden. Wer glaubt auf diese Art und Weise pädagogisch zu handeln, wird sicher bittere Enttäuschungen erleben.

Schon 1947 hat ein Kandidat der Philosophie in einer Rede vor einer Studentenkonferenz erklärt: „Nicht die Leidenschaftlichkeit und Schläue, mit der weltanschauliche und politische Ideologie verflochten werden, können unsere Lage wenden, sondern einzig und allein das Maß intellektueller Sauberkeit und innerer Wahrhaftigkeit“. Dieser Student hieß und heißt Bruno Heck. Sein Wort hat auch heute noch Geltung. Und gerade die junge Generation in unserem Lande würde es begrüßen, wenn sich bei der noch im Amt befindlichen Bundesregierung Wort und Tat in Einklang befänden.

Freilich, wer die politische Szenerie wenige Monate vor den Wahlen in der Bundesrepublik betrachtet, der wird an das Wort Carl Friedrich von Weizsäcker erinnert, der davon sprach, daß die politische Reaktion, die man bei uns öffentlich zu sehen bekommt, zu sehr von zwei Elementen bestimmt sei: von Lethargie und blinder Emotion. Beide machen denselben Fehler, sie verzichten auf das Denken.

Was wir heute brauchen, ist die Mitarbeit der jungen Generation. Sie soll ihre Zukunft mitgestalten. Von denen die laut FAZ vom 6. Januar 1965

Meerwasser in Tankwagen zum heimatlichen Swimmingpool bringen lassen um fern der Küste des Meeres und der Liebe Wellen zu genießen, können wir nur erwarten, daß sie sich naß halten und die Orgie des Konsums vorantreiben. Eine Twen- und Teenager-Industrie sorgt sich um den jungen Konsumenten. Wir sollten uns um die Zukunft unseres Vaterlandes und Europas sorgen. Die Jugend hat eine Aufgabe und Verpflichtung. Sie ist stärker als eine jede Pressure Group. Sie soll und sie darf vom Staate verlangen, daß er sich um ihre Zukunft und ihr Wohl kümmert. Die junge Generation, die sich politisch engagiert hat, arbeitet für dieses Ziel. Sie ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die ihr aufgegeben wird. Sie ist auch bereit, die Fackel der Wahrheit weiterzutragen, auch wenn dem einen oder anderen aus der Menge der Bart versengt wird.

Schlußreferat

## Aufgaben und Vertrauen für die junge Generation

FRITZ ERLER,

stellvertretender Vorsitzender der SPD  
und Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Horst Zeidler hat in seinem Referat gesagt, so wenig das Alter vor Torheit schützt, so wenig ist andererseits Jungsein eine ausreichende Qualifikation. Ich will dahingestellt sein lassen, ob das Jungsein nun ein Vorzug oder ein Nachteil ist. Das ändert sich ja bekanntlich ganz von selbst, wie ich an mir erfahren habe. Als Zeichen der Jugend fehlt mir zum Beispiel der Bart. Unser Freund Götz, der hat keinen Bart, hat aber hier dennoch Beweise seiner wirklichen Jugendlichkeit, seines Temperaments abgelegt. Ich habe mich über diesen Diskussionsbeitrag ganz besonders gefreut, weil er gezeigt hat, daß seine kritischen Fähigkeiten durch die Arbeit in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion als einer unserer Mitarbeiter keineswegs gelitten haben, sondern sogar dort geschärft worden sind. Er hat unter anderem — und deswegen möchte ich das hier einflechten — die mangelnde Präsenz des Bundestages zu bestimmten Zeiten kritisiert. Das ist ein Problem, das natürlich auch den Fraktionsvorsitzenden beschäftigt und ihm viel Kummer macht. Aber Sie alle können uns bei der Lösung dieses Problems etwas helfen, wenn Sie dafür sorgen würden, daß der Strom der Nötigungen an die Bundestagsabgeordneten, sich freitags abends an allen Ecken und Enden der Bundesrepublik zu öffentlichen Veranstaltungen zu stellen, etwas abgebremst wird. Dann können wir nämlich auch mehr Disziplin in den eigenen Reihen halten. Man kann eben nicht gleichzeitig an zwei Orten sein. Wir müssen wissen, daß es also Verantwortung auf allen Seiten gibt: bei den Gescholtenen und bei denen, die schelten.

Und nun zum Thema: Die Jugend wächst in keinem Lande in einem luftleeren Raum heran. Sie ist, das ist aus dem Referat von Prof. Dr. Furck besonders deutlich geworden, Produkt und Spiegel der erwachsenen Gesellschaft zugleich. Auch die Art ihrer konformistischen oder oppositionellen Verhaltensweise ist von der Art der Reize geprägt, der sie durch die Gesellschaft und in der Gesellschaft ausgesetzt ist. Hier haben wir es mit einem Verhältnis zu tun, wie es auf anderem Gebiet Toynbee geschildert hat mit seinem berühmten Wort von „challenge and response“: Herausforderung und der Herausforderung angemessene Antwort. Was an Schwierigkeiten auch in und mit unserer jungen Generation unbestreitbar vorhanden ist und hier diskutiert wurde, das zeugt von Mängeln der Gesellschaft, nicht von Charakterfehlern der Jugend. Die Jugend hat sich nicht selbst geformt. Vielleicht ist sie sogar ein bißchen zu sehr sich selbst überlassen worden, weil in

unserer hektischen Betriebsamkeit die Älteren allzuwenig Zeit übrig haben oder sich nehmen für das klärende Gespräch mit den jungen Menschen unseres Landes — mitunter sogar mit denen in der eigenen Familie.

Übrigens möchte ich hier, ohne daß das ein Trost sein soll, in Parallele zu manchen Darlegungen von Prof. Dr. Furck einflechten, daß auch früher die politisch Interessierten oder gar politisch Aktiven in der jungen Generation immer eine Minderheit gewesen sind. Daran hat sich in Wahrheit nicht sehr viel geändert. Dennoch bleibt das ein beklagenswerter Zustand, und wir wollen uns alle darüber unterhalten, wie wir den ändern können. Es ist heute in diesem Saal bei verschiedenen Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß es in der jungen Generation ein gewisses Unbehagen an Politik und Gesellschaft unserer Tage gibt. Ähnliches stellen wir auch bei unserer Intelligenz fest. Das hängt damit zusammen, daß zunächst nur die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus im Vordergrund standen. Es galt, ein Dach über dem Kopf zu haben, Arbeitsplätze zu schaffen, für Nahrung und Kleidung zu sorgen, und dann sind weitere Bedürfnisse gewachsen und andere neu geweckt worden.

Von der Staatsführung wurde allzulange nur individueller Wohlstand gepredigt. Wahlen wurden gewonnen mit dem Kotelett und mit der Furcht vor äußeren Gefahren. Aber zu kurz gekommen ist dabei die Gemeinschaft, in der wir leben. Es hat sich ganz deutlich gezeigt, daß von der Spitze des Staates herab öffentliche Einrichtungen abgewertet worden sind. Daß jede Gemeinschaftstätigkeit in Gefahr stand, als Kollektivismus gebrandmarkt zu werden. An einem Beispiel will ich das zeigen: Etwa an den Bauten der Gemeinden. Wir bestaunen das kulturelle Erbe der Ahnen, wenn wir bei archäologischen Forschungen alte Bauten ausgraben, wenn Touristen die Renaissance-Rathäuser in Flandern bewundern. Aber wenn bei uns eine Gemeinde ein Bauwerk hinstellt als Zeichen des Lebensgefühls unserer Zeit, dann regen sich nicht nur die Banausen dort, sondern dann wird von der Staatsführung herunter das auch noch bekräftelt. Ich möchte, daß wir nicht nur Stolz auf längst vermoderte Ahnen zeigen, so notwendig das auch ist, sondern auch Stolz auf die eigenen Leistungen, daß auch wir das kulturelle Erbe nicht nur in unsere Hände nehmen, sondern es auch mehren, um es künftigen Generationen sichtbar zu hinterlassen.

Wir leben in einem Staat, in dem der Stand der öffentlichen Einrichtungen zurückgeblieben ist hinter dem Ausmaß des individuellen Wohlstandes, so ungerecht der im einzelnen auch noch verteilt sein mag. Das kann nicht so bleiben. Einmal aus moralischen Gründen. Es geht hier um die Mitverantwortung für das Ganze, für den Nächsten neben mir, für die allmählich größer werdenden Kreise der Gemeinschaften, denen wir zugehören, von der Familie über die Gemeinde bis hin zu Staat, Volk und ganzer Mensch-

heit. Und außerdem geht es auch um praktische Gründe. Ein großer Teil unseres heutigen Lebensstandards wird durch öffentliche Einrichtungen dargestellt und in Anspruch genommen. Das Auto kann man sich kaufen, aber die Straße doch nicht, auf der es fährt. Früher konnten sich die ostelbischen Granden Privatlehrer leisten. Heute weiß jeder, daß seinem Kind ein öffentlich ausgebautes Erziehungswesen zur Verfügung steht, damit es einen angemessenen Platz im Leben erringen kann. Der Einzelne ist allenfalls noch imstande, den Arzt aus seiner Tasche zu bezahlen, aber das Krankenhaus kann er sich nicht in seinen Garten stellen, und die Ausbildung der Ärzte an den Universitäten, die kann er auch nicht individuell organisieren und finanzieren.

Sie sehen, wieviel abhängt vom Stande unserer öffentlichen Einrichtungen für das Wohl und Wehe eines jeden einzelnen Bürgers. Deshalb sprechen wir von den großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit, von dem Bildungsnotstand, von dem hier heute schon so viel gesprochen worden ist, von der Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit. Natürlich handelt es sich hier nicht nur um öffentliche Leistungen, sondern auch um ein Stück eigener Verantwortung. Wer sehenden Auges seinen Körper mit Genußgiften durch übermäßigen Genuß zersetzt; wer darüber hinaus nur noch sitzt am Arbeitsplatz, im Kraftfahrzeug und zu Hause vor dem Fernsehschirm, der darf sich nicht wundern, wenn seine Gesundheit durch eine solche unnatürliche Lebensweise in Mitleidenschaft gezogen wird. Hier geht es also um ein Stück Erziehung zu einer trotz der heutigen technischen Umwelten möglichen naturgemäßerer Lebensform. Aber es geht auch um das Angebot an entsprechenden Möglichkeiten. Und daher die Intensität, mit der wir uns zum Beispiel eingesetzt haben für die Verwirklichung der Erfordernisse des Goldenen Planes, damit Sport und Leibesübungen in höherem Ausmaß als bisher Allgemeingut werden.

Das fängt mit dem Rückstand in den Schulen an und hört bei der mangelnden Ausstattung vieler unserer Stadt- und ländlichen Vereine auf. Wenn wir von Sportförderung sprechen, dann meinen wir nicht nur die großen Kassenmagneten. Sicher ist es ein Vergnügen, einem interessanten Fußballspiel zuzuschauen. Ich gönne es jedem. Aber Sport treiben nicht diejenigen, die nur zuschauen, sondern Sport treiben die vielen, die auch in den kleineren Vereinen selber sich tummeln und ihre Glieder regen. Daher muß dort in erster Linie die Förderung einsetzen, wie das oft und oft von uns betont worden ist. Aber neben dem, was der einzelne tun kann, haben wir es doch auch mit dem Phänomen von Schäden zu tun, die uns durch die moderne Produktionsweise aufgezwungen worden sind, deren wir nicht individuell, sondern nur gemeinschaftlich Herr werden können. Hierher gehört der Grundsatz, daß moderne Gesundheitspolitik mehr für die Vorsorge tun

muß als für das Heilen, wenn die Krankheit erst da ist. Daher ist das Angebot an regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen von einem bestimmten, nicht zu hoch angesetzten, Lebensalter an lebenswichtig für die Erhaltung des kostbaren Gutes der Gesundheit unserer Menschen und entscheidend für die Erhaltung der Arbeitskraft. Beim Automobil, da ist uns der Sinn der Inspektion längst klar; beim Menschen haben wir es offenbar noch nicht begriffen. Investitionen im Gesundheitswesen sind eine lohnende Investition. Wir meinen nicht, daß das Arbeitsalter über die jetzt gesetzten Altersgrenzen hinaus ausgedehnt werden sollte: Zwei Drittel aller Renten der Sozialversicherung, die im letzten Jahr bewilligt worden sind, wurden gar nicht wegen Erreichung der Altersgrenze, sondern wegen vorzeitiger Berufs- und Arbeitsunfähigkeit gezahlt! Wenn es gelingt, durch vorausschauende Gesundheitspolitik jene Menschen noch länger tüchtig und lebensfroh im Produktionsprozeß zu erhalten, dann tun wir nicht nur ihnen und uns allen einen Dienst, sondern dann lösen wir auch das allmählich schwieriger werdende Problem des Zustroms an Arbeitskräften aus anderen Ländern. Hier liegt eine Aufgabe vor, der sich unser Volk stellen muß. Dazu gehört die Veränderung der Umweltbedingungen. Wie wurden wir 1961 verlacht, als Willy Brandt davon sprach, daß es notwendig sein würde, die Luft wieder atembar, das Wasser genießbar zu machen, den unsere Nerven zerschneidenden Lärm erfolgreich zu bekämpfen. Damals wurden wir mit Hohn und Spott überschüttet. Inzwischen haben auch andere gemerkt, daß das wichtige politische Aufgaben sind. Sie haben auch Gesundheitskongresse veranstaltet, um mit hängender Zunge einiges nachzuholen von dem, was wir längst zurückgelegt hatten an Erkenntnissen und an daraus abgeleiteten praktischen Forderungen.

Hierher gehört die unserer Zeit angemessene Lebensweise in der städtischen oder ländlichen Umwelt. Ein erster Ansatz ist im Bundestag gemacht worden mit dem Raumordnungsgesetz, aber nur ein erster und sehr kümmerlicher Ansatz. Städtebau, Raumordnung, Strukturpolitik, das gehört alles zusammen, um zu einer besseren Zuordnung zu kommen von Arbeitsplatz und Wohnort, Erholungsmöglichkeiten, kulturellem Mittelpunkt, Verwaltungszentren und Erziehungseinrichtungen. Das ist in den Jahren des notwendigen Wiederaufbaus aus den Fugen geraten.

Wir können nicht — wie andere Städte — in die grüne Wiese blicken. So viele grüne Wiesen haben wir nicht. Wir können nur den alle 30 Jahre sich bemerkbar machenden langfristigen Häutungsprozeß einer modernen Industriegesellschaft nutzen für die notwendigen Anpassungs- und Strukturänderungen. Dazu braucht man aber den Mut zu langfristigen Vorüberlegungen. Das können jene nicht, die in jeder langfristigen Vorausschau die öffentliche Hand bereits die Vorhölle des Bolschewismus erblicken, weil

sie lediglich privaten Großunternehmen langfristiges Planen im eigenen Bereiche zutrauen.

Zu den Gemeinschaftsaufgaben gehört die Abrundung des Gebäudes unserer sozialen Sicherheit mit all den vielen Lücken, die es noch gibt. Ich sage das trotz der Randbemerkungen unseres Freundes Günter Grass. Hier geht es auch um die Einbeziehung von Schichten in die Alterssicherung, die bisher ausgespart worden sind und dann auf ihre alten Tage, obwohl sie es anders gehofft haben, doch plötzlich als Bittsteller bei der öffentlichen Hand erscheinen müssen. Ich lese mit gewissem Vergnügen, daß die Christlich-Demokratische Union den Gedanken der Volksversicherung plötzlich auch entdeckt hat. Das ist recht interessant. Allerdings: bei den Abstimmungen im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages hat man von dieser Erkenntnis noch nichts gemerkt, als von der Regierungskoalition der Versuch unternommen wurde, einen Teil der Arbeiter sogar durch Einführung einer Pflichtversicherungsgrenze ihrer Rechte in der Arbeiter-Rentenversicherung weitgehend zu berauben.

Unsere Jugendpolitischen Leitsätze, die die Grundlage dieser Tagung hier waren, sind von der Sozialdemokratischen Partei niemandem aufgezwungen worden. Sie sind entstanden in der Zusammenarbeit mit denen, die in der praktischen Jugendarbeit stehen. Wir wissen, daß Jugendpolitik etwas anderes ist als Fürsorge. Die Fürsorge hat es mit jener Minderheit zu tun, die den verschiedensten Gefährdungen ausgesetzt ist, z. B. durch gestörte Elternhäuser und anderes, was auch noch mit den Folgen des Krieges und der Vertreibung zusammenhängt. Bei der Mehrheit unserer jungen Generation haben wir es mit gesunden und normalen Menschen zu tun. Und dennoch steckt, wie jede Jugend, auch diese voller Probleme. Es handelt sich um die Stellung der jungen Generation in Staat und Gesellschaft, um ihre Aufstiegschancen, um das Hineinwachsen in die Verantwortung. Dabei ist das Lernen dieser Verantwortung in Jugendverband, Gewerkschaft, Partei, Sportvereinigung nur ein bescheidener Teil. Das Jugendhilfegesetz, das wir brauchen, das muß sich beiden Problembereichen zuwenden; es muß die freien Kräfte der Jugendarbeit ermuntern und fordern. Es muß den richtigen Anteil der Gemeinden dabei vorsehen, da viele Dinge in der Selbstverwaltung besser gelöst werden können als durch den zentralen staatlichen Befehl. All das wird natürlich nicht wirken, wenn nicht die Finanzierung entsprechend gesichert ist.

Vor vier Jahren, auf unserem Kongreß „Junge Generation und Macht“, da haben wir den Weg nach vorn zur stärkeren politischen Mitwirkung an den kleinen und großen Schalthebeln der politischen Mitverantwortung gezeigt. Wir haben damals einen doppelten Grund dafür genannt. Einmal deswegen, um empfindliche Gleichgewichtsstörungen im Innern zu ver-

meiden und zum anderen, um auf den Wellenlängen des internationalen Geschehens zu bleiben. Seitdem ist vieles geschehen, vieles zu unserem Bedauern aber auch nicht. Und die Lücke, die wir besonders beklagen, ist gekennzeichnet durch das Stichwort „Bildungsnotstand“. Der Bogen spannt sich von der Erziehung, zusammengefaßt also Bildung und Ausbildung, bis hin zu Wissenschaft und Forschung. Ich möchte auf den einen Diskussionsbeitrag hier positiv antworten: Uns ist es dabei nie nur um das Nützliche gegangen, nur um die Ausbildung von Produktionsfaktoren! Uns geht und ging es gerade um die Entfaltung aller in der menschlichen Natur liegenden Möglichkeiten, damit das Menschsein nicht das Monopol einer kleinen Schicht bleibt, die noch aus ihrem früheren Wohlstande heraus Zeit zur Muße hatte. Das kulturelle Erbe der Vergangenheit und die kulturellen Leistungen der Gegenwart sollen von möglichst vielen Menschen aufgenommen und zu ihrer Bereicherung verarbeitet werden können.

Aber außerdem handelt es sich natürlich um den Wettbewerb mit der Umwelt. Er zwingt uns auch dazu, unseren Bildungsnotstand zu überwinden, um Schritt zu halten draußen auf den Märkten der Welt. Wir verfügen nicht über große Rohstoffvorkommen wie andere Länder. Unser wichtigster Reichtum besteht in unseren Hirnen und in unseren Händen, in dem, was wir damit anfangen können. Sie gilt es also entsprechend bereitzumachen, um Leistungen draußen in guter Qualität und preiswert absetzen zu können, um all die Güter zu erwerben, die wir für unser Volk und seinen Lebensstandard und sein wirtschaftliches Leben brauchen. Das ist also ein zweites Argument für die Überwindung des Bildungsnotstandes.

Es geht von der Überwindung des Lehrermangels bis hin zum Ausbau der Forschung. Und ich will auf einen Diskussionsbeitrag hier noch einen Satz sagen: Es gilt, die Zwergschule abzuschaffen, die Zwergschule, die bei allem guten Willen idealistisch gesinnter Lehrer ihren Absolventen weitgehend den Zugang zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen versperrt. Und ich bitte darum, daß wir in diese Diskussion nicht neu eine weltanschauliche Verhärtung hereintragen. Das Ziel ist die Überwindung der Zwergschule. Ich halte mit meiner Partei die christliche Gemeinschaftsschule für die unserem Volke gemäße und leistungsfähigere Schulform.

So steht es in unseren Leitsätzen. Aber ich gehöre nicht zu denen, die aus dieser Schulform ein Dogma machen, die auch dem aus Gewissensgründen Andersdenkenden diese Schulform aufzwingen wollen. Wer wie wir für die gesetzliche Sicherung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes aus Gewissensgründen eingetreten ist und weiterhin eintritt, dem steht es gut an, wenn er auch auf dem Gebiete des Erziehungswesens das Gewissen eines großen Bevölkerungsteiles respektiert. Wir haben aber klargemacht, daß Gewissensentscheidungen nicht dazu führen dürfen, daß Leistungsfähigkeit der Schule,

Erziehungsziel und Fähigkeit in der Gemeinschaft mitzuwirken, darunter leiden. Das sind die klaren Grenzen, wie wir sie festgelegt haben, und dabei möchten wir auch bleiben.

Es ist hier sehr ausführlich und zutreffend von der Notwendigkeit des Berufsausbildungsgesetzes und von einer gezielten Ausbildungsförderung gesprochen worden. Nicht von einem Entstehungsgrunde her, sondern zu einem Ziele hin. Ich brauche dazu nicht mehr viel zu sagen. Wir wissen alle, daß in unserer modernen Zeit die Arbeitsplätze sich so schnell wandeln, daß kaum jemand in zwanzig Jahren an seinem Arbeitsplatz dieselben Bedingungen vorfinden wird wie heute. Mit diesen Umschichtungsprozessen wird nicht der einseitig abgerichtete Spezialist fertig, sondern nur der über eine gesunde, breite Bildungsgrundlage verfügende Mensch, der die jeweils notwendigen Fachkenntnisse in den sich wandelnden Verhältnissen zulegen kann.

Wenn von der Regierung kürzlich gesagt worden ist, der Bildungsnotstand entspräche der Dringlichkeit der sozialen Frage vor hundert Jahren, dann drängt sich uns die Frage auf, ob die heute Regierenden dem Bildungsnotstand mit ähnlicher Blindheit gegenüberstehen wie ihre Vorfahren der sozialen Frage vor hundert Jahren. Das haben wir an vielen Beispielen gesehen. Zunächst hat man den Notstand überhaupt geleugnet, verharmlost und verniedlicht. Wir haben es auch gemerkt an jenen recht kurzatmigen Entscheidungen, die man im Hinblick auf die Bundestagswahl noch glauben treffen zu müssen.

Für uns gibt es aber noch ein drittes Motiv für die Reform und den Ausbau unseres Bildungswesens: Die Aufstiegschancen hängen mit der Struktur unserer Gesellschaft zusammen. Die Bildung von heute entscheidet über das Einkommen von morgen, aber auch über die Zusammensetzung der Führungsschicht von übermorgen. Deshalb müssen wir dahin kommen, daß der Aufstieg in die führenden Schichten von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, und der Durchlauf durch die Bildungseinrichtungen, durch die man hindurch muß, um dort hinzugelangen, nicht mehr abhängen von den Vermögensverhältnissen des Elternhauses, sondern ausschließlich und allein von der Begabung und dem Leistungswillen des jungen Menschen selbst.

Dann erst haben wir eine wirklich mobile, dynamische, demokratische Gesellschaft erreicht, in der nach den Vorstellungen, nach denen vor hundert Jahren unsere Partei gegründet worden ist, überlebte Privilegien dahinschmelzen. Aber — das sage ich hier ganz offen — so wie wir uns bemühen, mehr Chancen zu bieten, müssen wir auch in den eigenen Reihen dafür sorgen, daß diese Chancen genutzt werden. Es sind nicht nur materielle Gründe, die ein solches Mißverhältnis auslösen, etwa in der Zahl der

Studierenden aus Arbeiterfamilien und aus Beamtenfamilien, sondern da gibt es eine Fülle von häuslichen Ursachen: Fragen der Umgebung, Fragen der Tradition, der Neigung, sich die Kinder nicht entfremden zu lassen, der Vorstellung, sie möglichst rasch in den Broterwerb hineingehen zu lassen, und was der Hindernisse alle sind. Aber sie müssen überwunden werden; schließlich haben wir nicht darum gerungen, daß der Staat mehr Möglichkeiten bietet, damit dann gerade aus der Arbeiterschaft heraus diese Möglichkeiten nicht genutzt werden.

Willy Brandt hat auf dem Karlsruher Parteitag dazu gesagt: „Was wir anzubieten haben, ist nicht bequem.“ Denn wir wollen zwar jedem die Möglichkeit geben, sich zu entfalten, aber sein Talent nutzen muß dann jeder selbst. Und an einer anderen Stelle sagte er, daß die Schlachten der Zukunft in den Schulen, in den Werkstätten, in den Labors und in den Hörsälen geschlagen werden. Dort muß jeder seinen Mann stehen.

Davon werden Geltung, Rang und Lebenshaltung unseres Volkes abhängen. Dazu gehört auch die politische Bildung, auch die staatsbürgerliche Erziehung. Ich sage das hier, weil wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern beobachtet haben, daß der hochqualifizierte Fachmann auf einem Spezialgebiet — Karl Marx hat diesen Typ einmal Fachidiot genannt —, daß dieser in seiner Umgebung und in seinem Unternehmen, in seiner Verwaltung hochgeschätzte Mann, gerade weil es ihm an dem breiten Bildungsfundament und an dem staatsbürgerlichen Engagement fehlt, der willkommenste Rohstoff für Etablierung und Erhaltung von Gewaltherrschaften ist.

Deshalb ist der Bestand der Demokratie so untrennbar verbunden mit dem Niveau unserer politischen Erziehung. Daher unterstütze ich den Hinweis, daß es nicht nur darauf ankommt, Texte auswendig zu lernen. Es kommt auf das persönliche Engagement an. Das ist wie mit der Bibel; es gibt viele Leute, die kennen sie beinahe auswendig und leben trotzdem nicht nach den zehn Geboten.

Wir wollen in Erinnerung rufen, auf welche Grundwerte wir auch nach unserem eigenen Programm uns festgelegt haben, zu denen wir stehen: Die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Solidarität, und ich ergänze hier: die Wahrhaftigkeit. Zu dieser Freiheit gehört die Freiheit, sich informieren zu können ohne staatliche Filter, sich seine Meinung frei bilden zu können, und die so gebildete Meinung frei äußern zu können. Dazu gehört das Recht und die Pflicht, für diese Meinung auch zu wirken, damit es nicht wieder kommt, wie gegen Ende der zwanziger Jahre, als die Demokraten den Mund halten mußten und die Antidemokraten die Diskussion auf der Straße und in den Betrieben beherrschten.

Dazu gehört als schlichte Selbstverständlichkeit, daß man, als Konsequenz einer solchen freien Meinung, auch frei wählen müssen. Natürlich ist solche Erziehung zum Engagement undenkbar ohne das richtige Vorbild. Das kann nur von der führenden Schicht kommen. Da prüft unserer junge Generation wachen Sinnes die Glaubwürdigkeit derer, die regieren, und derer, die führen, ob sie öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein trinken. Ich gestehe offen, ich trinke Wein nicht nur heimlich, sondern auch sonst, allerdings nicht unheimlich. Ich predige infolgedessen gar nicht erst Wasser. Aber auf das, was die Führenden sagen und tun, muß man sich verlassen können. Es darf hier keinen Widerspruch geben, einen Widerspruch zwischen Sprache und Tat, zwischen Ankündigung und entschlußlosem Nichtstun. Die Forderung nach Wahrhaftigkeit darf nicht gegenstandslos werden durch simple Herabsetzung des politisch Andersdenkenden. Der Widerspruch fällt auf zwischen der Fülle von Weihrauch für die Eigenwerbung der Selbstgerechten auf der einen Seite und den Unterlassungen bei den wesentlichen großen Aufgaben unserer Zeit. Zur politischen Erziehung also gehört das Vorbild all derer, die besonders im Rampenlicht stehen. Wir wissen genau, daß man eine solche Aufgabe nur anpacken kann, wenn man Verantwortung spürt für unser ganzes Volk. Ich glaube, in dieser Gesinnung ist der heutige Kreis hier zusammengekommen. Die junge Generation weiß, welche Schrecken unser Volk hinter sich hat und welche Schrecken von Deutschland ausgegangen sind. Aber sie hat noch nicht gelebt, als Hitler zur Macht kam. Dennoch versteht sie die Sorgen anderer Völker. Aber ich meine, daß die Sicherheit anderer Völker nicht gewährleistet werden kann durch verweigertes Mißtrauen einem einzigen Volke gegenüber. Das wäre ein umgekehrter Rassismus, das wäre ein später Sieg der Hitlerschen Rassenvorstellungen in den Gehirnen anderer. Das sollte man Hitler nicht posthum noch gönnen. Die heranwachsende Generation ist für ihn und sein Schreckensregime nicht verantwortlich. Sie ist bereit, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, aber dazu braucht sie Vertrauen. Wer pauschal, auch draußen in der Welt, Mißtrauen gegen alles Deutsche sät, der kann kein Vertrauen ernten. Das ist nicht möglich. Wer beständig jemanden als Sündenbock behandelt, der macht ihn dazu. Noch so berechnete Scham kann kein Dauerzustand für die heranwachsende Generation eines Volkes sein. Wohl muß sie Ansporn sein für das Wirken zum Guten, damit aus der Läuterung auch wieder ein Stück Stolz erwachsen kann. Wer anders als die heranwachsende Jugend kann das schaffen! Sie ist weltoffen, weltoffener als ihre Vorgänger. Sie ist verständigungsbereit, sie sucht Freundschaft mit der jungen Generation aller anderen Länder. Die schwierigen Reisen der ersten Zeit nach Israel, gerade von jungen Menschen, zeugen von diesem Bewußtsein. Oder etwa die Arbeit der Aktion „Sühnezeichen“ an vielen Orten, die einst durch deutsche Gewalt so schmerzlich gelitten haben.

Unsere junge Generation weiß, was war und was ist, aber sie spürt auch, welche drei Erlebnisketten dieses unser Volk hinter sich hat: die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, die Vertreibung eines Viertels unseres Volkes aus der Heimat, die neue Gewaltherrschaft unter kommunistischen Vorzeichen auf einem Teile deutschen Bodens. An diesen verschiedenartigen Schicksalen darf unser Volk nicht zerbrechen. Wir gehören zusammen, sonst sind wir als Volk aus der Geschichte ausgelöscht. Wir alle, durch welche von diesen drei Schicksalsketten wir auch hindurchgegangen sind — und manche durch alle drei zugleich —, gehören zu diesem Volk mit seiner Geschichte voller Höhen und Tiefen, Erfolgen und Niederlagen, Leistungen und Schrecken. Wir wissen, daß es darauf ankommt, den bösen Trieben zu widerstehen, aber die reichen Gaben auch dieses Volkes voll zu entfalten.

Die Zukunft unseres Volkes ist noch immer in Dunkel gehüllt. Hier, im freien Teile unseres Vaterlandes, bemühen wir Sozialdemokraten uns darum, eine gerechte Heimstatt freier Menschen zu schaffen. Nach draußen in der Umwelt gilt es, Vertrauen zur friedlichen Entwicklung der deutschen Demokratie zu erwerben. Deshalb nehmen wir teil an den Grundgedanken der Strategie des Friedens. Sie schließen ein den Schutz auch des eigenen Volkes und seiner Freiheit vor fremder Willkür, die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, die Bereitschaft, alle Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Der ermordete amerikanische Präsident Kennedy hat bei der Entwicklung dieser Strategie darauf hingewiesen, daß sie aus zwei Teilen bestehe: aus der eigenen Kraft zur Selbstbehauptung und aus der redlichen Verhandlungsbereitschaft zur Lösung der Probleme unserer Zeit. Manche, vor allem in Europa, haben nur den einen Teil sehen wollen. Wer nur die Kraft oder gar ihre militärische Komponente sieht, der wird kein Problem lösen. Der treibt entweder auf eine Katastrophe zu oder günstigenfalls auf die Besiegung der derzeitigen, unser Volk so bedrückenden Verhältnisse dessen, was man den Status quo nennt. Wer nur das Verhandeln sieht, wer nicht die eigene Kraft ins Verhandlungszimmer mitbringt, der wird vom stärkeren weltpolitischen Gegenspieler erbarmungslos erpreßt. Und das macht klar, daß diese Strategie nicht von den Deutschen allein betrieben werden kann, daß sie unsere Kraft übersteigt, daß wir sie nur betreiben können gemeinsam mit unseren Freunden. Wir wissen, daß gerade diese Gemeinsamkeit auch anderen Völkern Schutz vor künftigen nationalistischen Alleingängen gibt.

Damit, liebe Freunde, kann noch ein Stück Hoffnung entstehen auf das Zutrauen unserer östlichen Nachbarn in eine korrekte und hoffentlich freundschaftliche Nachbarschaft. Wir erstreben sie nicht hinter dem Rücken unserer vertriebenen Landsleute. Jede deutsche Regierung ist berechtigt und

verpflichtet, am Verhandlungstisch die Interessen unseres Volkes zu wahren, wie das auch andere Regierungen tun. Nur so, in diesem Zusammenklang, sind bessere Voraussetzungen für die Lösung der deutschen Frage zu schaffen. Auch jenseits von Mauer und Stacheldraht leben junge Deutsche! Junge Deutsche, wie Sie hier. Sie haben die politische Freiheit nie gekannt, sie sind von einer Gewaltherrschaft in die andere hineingeboren oder erzogen worden. Dennoch ist die Freiheit dort lebendig, hat das Regime die junge Generation nicht gewonnen. Natürlich gibt es eine beachtenswerte Minderheit von Fanatikern und derer, die an den Aufstiegschancen teilnehmen. Aber die Flüchtlingszahlen aus der Zeit des großen Trecks bis 1961 sprechen eine deutliche Sprache. Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aus Mitteldeutschland war noch keine 25 Jahre alt. In Berlin brauchte man die Mauer, um die Abwanderung der jungen Generation zu verhindern.

Zahlreiche persönliche Begegnungen, zumal in den Weihnachtstagen in Berlin, zeigen einem immer erneut die Richtigkeit dieser Feststellung. Das ist zurückzuführen auf das Zusammentreffen von zwei Faktoren: der Auflehnung der Menschennatur gegen Unfreiheit überhaupt und gleichzeitig der Auflehnung gegen eine vom Ausland gebrachte fremde Gewaltherrschaft. Freiheit und nationale Solidarität sind hier ein Bündnis miteinander eingegangen. Dennoch war es bemerkenswert, bei vielen der Jungen, die zu uns kamen, zu spüren, wie schwer sie sich hier einleben, wo jeder doch arg auf sich allein gestellt ist, zumal, wenn nicht einmal der Familienverband beisammen ist. Jene jungen Menschen meinen, drüben sei zuviel reglementiert, aber hier gäbe es zuwenig Gemeinschaftsgeist. So ringen in beiden Teilen Deutschlands junge Menschen um das rechte Maß von Freiheit und Bindung und kommen damit zu einer alten sozialdemokratischen Tradition, die dieses rechte Maß immer umschrieben hat mit dem Begriff der Solidarität.

Wir müssen unsere Einheit als Volk wahren. Dazu waren die Berliner Vereinbarungen ein großer Beitrag. Was wir erlebt haben, war die unübersehbare, der ganzen Welt sichtbar gewordene Demonstration des Willens von Millionen von Menschen, zusammenzugehören. Sie haben bewiesen, daß die Deutschen auch durch Mauer und Stacheldraht nicht auseinanderzubringen sind, wenn ein Volk sind und ein Volk bleiben wollen.

Ohne diesen Willen und ohne seine Bekundung ist überhaupt keine Deutschlandpolitik möglich. Wir sind zu einer Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Überwindung des Status quo und der Gewinnung des Selbstbestimmungsrechts, auch für das ganze deutsche Volk, verpflichtet. Nicht, weil es uns um ein größeres Staatsgebiet ginge, sondern um unserer Landsleute willen, die den Zweiten Weltkrieg nicht allein verloren haben. Wir sprechen für sie, solange sie nicht selber sprechen können. Wir sind nicht ihr

Vormund, aber wir wollen den Weg dazu freimachen, daß auch sie in Freiheit sagen können, was ihre politischen Vorstellungen sind. Dann wird man auf sie hören müssen.

Der Adressat für das Zustandekommen dieser Möglichkeit bleibt Moskau, weil noch kein Rezept gefunden worden ist, wie man mit dem Ulbrichtschen Gewaltregime über seine eigene Abschaffung verhandeln kann. Wir kennen genau die schwierigen Zusammenhänge zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands, einem Friedensvertrag, den Sicherheitsproblemen, den Grenzfragen und den sich im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung stellenden sehr schwierigen wirtschaftlichen Fragen. Deshalb kommt es zunächst darauf an, daß wir hier im freien Teil Deutschlands unsere Hausarbeiten machen und diese Zusammenhänge gründlich durchdenken.

Wie hat man uns attackiert, als wir das seit Jahren forderten! Jetzt kommt sogar Herr Barzel aus Amerika mit der Erkenntnis zurück, man warte drüben auf deutsche Vorschläge. Dann kommt es darauf an, eine gemeinsame Position unserer Verbündeten zu entwickeln, und dann drittens, das Gespräch mit Moskau in Gang zu bringen. Ein Alleingang bringt nichts ein. Dabei würde das vergleichbare Gewicht am Verhandlungstisch fehlen, das für die Lösung dieser Frage notwendig ist. Die kleine Bundesrepublik Deutschland allein wäre ein Opfer sowjetischer Zumutungen, wenn sie allein mit der Weltmacht konfrontiert wäre. Daher brauchen wir die Stärkung und nicht die Schwächung der atlantischen Verbundenheit. Europa muß sich zusammenschließen, um ein gleichwertiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden. Es muß sich auch zusammenschließen, um seinen eigenen Völkern ein friedlicheres und besseres Leben in der Zukunft zu sichern. Es muß sich aber auch zusammenschließen, um der Sowjetunion die Hoffnung auf die Ausnützung innereuropäischer Gegensätze zu nehmen.

Manche meinen, man müßte erst die deutsche Einheit herstellen und Europa solange warten lassen. Das hieße, der Sowjetunion unter den heutigen Umständen eine doppelte Prämie zahlen, denn dann würde sie durch Verweigerung der deutschen Einheit gleichzeitig auch das europäische Einigungswerk torpedieren. Die Gemeinschaft, um die es uns dabei geht, ist eine Gemeinschaft von Freien und Gleichen, in der die Bürger mit dem Stimmzettel die Geschicke der Gemeinschaft genauso bestimmen müssen, wie sie das in ihren Staaten zu Hause tun.

Das geht nicht mit Bürokratien oder Technokratien oder lediglich mit der Zusammenarbeit von Regierungen hinter dem Rücken ihrer Parlamente. Daher braucht diese Gemeinschaft demokratisch legitimierte Organe. Eine solche Gemeinschaft wird frei sein von Hegemonieansprüchen. Sie wird

die Tore aufmachen müssen für jene freien Völker Europas, die bereit sind, sich ihr anzuschließen — sei es als Vollmitglied, sei es als assoziiertes Glied. Eine solche Gemeinschaft als Vorbild für die Überwindung früherer Gegensätze ist auch ein Beitrag zur Überwindung der Furcht bei unseren osteuropäischen Nachbarn. Die Wirtschaftskraft eines einigen Europas, schon heute der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wäre für die Sowjetunion ein leistungsfähigerer Partner. Sie wäre mehr als der Vorteil, den die UdSSR zur Zeit aus ihrer Kolonie auf deutschem Boden ziehen kann. Wir sehen dabei auch die Tendenzen in Osteuropa, wo sich mehr nationale Unabhängigkeit regt und man mehr Verbindungen nach Westeuropa anstrebt. Diesen Vorgang gilt es politisch zu nutzen. Nicht, um woanders neue Gegensätze zu schüren, sondern um vorhandene einzuebnen. Dazu muß man dort sein, um einwirken zu können und das Zerrbild vom deutschen Volke allmählich abzubauen, das dort von Ulbrichts Pinsel gemalt worden ist.

Europa, das ist nicht Sache unserer Enkel, das ist eine Aufgabe von heute, die man sich nicht deshalb aus der Hand winden lassen darf, weil zur Zeit eine einzige Regierung in der europäischen Gemeinschaft etwas zögert, den Weg zur stärkeren Entwicklung der Gemeinschaft und ihrer demokratischen Einrichtungen zu gehen.

So überwinden wir die nationalen Grenzen. Es war gut, daß unsere Jugendverbände die Schaffung eines europäischen Jugendwerkes gefordert haben, das leider von den Regierungsparteien verwässert worden ist. Für das deutsch-französische Jugendwerk werden 20 Millionen im Jahr ausgegeben, für die gesamte internationale Jugendbegegnung darüber hinaus nur sieben. Ich glaube, hier nach guter Kenntnis auch der französischen Verhältnisse versichern zu können, daß die jungen Generationen Frankreichs und Deutschlands (bei all ihrer Solidarität zueinander) die Ausweitung auch auf die anderen europäischen Staaten von ganzem Herzen wollen.

Ich sprach davon, daß wir die Solidarität unserer Freunde und das Verständnis anderer zur Lösung unserer Probleme brauchen. Wer Solidarität braucht, der muß sie auch anderen gegenüber zeigen. Daher einige Sätze zu dem in unserem Lande unpopulären Problem der Entwicklungshilfe: Der Nord-Süd-Gegensatz überschattet allmählich den klassischen Ost-West-Gegensatz. Es handelt sich um den Gegensatz zwischen den fortgeschrittenen Industrie-Nationen im gemäßigten Klimagürtel der Erde, wo ein relativ bescheidener Anteil der Menschheit praktisch 90 Prozent des Sozialproduktes zur Verfügung hat. Wir müssen daher zur Hebung des Lebensniveaus, der Menschenwürde derer, die südlich dieses Gürtels leben, eine große Anstrengung machen. Das Problem ist uns gestellt, selbst wenn es keinen Kom-

munismus gäbe. Hier haben wir noch einmal die soziale Frage vor uns, mit allen Gefahren einer weltpolitischen Explosionskatastrophe. Und deswegen sage ich denen, die es sonst vielleicht nicht verstehen: daß richtig angesetzte Entwicklungshilfe ein Stück Versicherungsprämie gegen weltpolitische Katastrophengefahren ist. Das Wichtigste ist dabei die Hilfe zur Selbsthilfe! Natürlich gibt es als dringende Aufgabe die, den Hunger zu stillen, die Seuchen zu bekämpfen. Aber langfristig kommt es darauf an, den anderen die Möglichkeit zu geben, durch eigene Arbeit sich ein menschenwürdiges Leben zu schaffen. Daher ist wichtiger noch als alles Kapital — dessen Notwendigkeit ich nicht leugne — die Bereitschaft von Menschen. Und hier handelt es sich wohl vor allem um junge Menschen, deren Mut, Entschlossenheit und Opferbereitschaft gebraucht werden, die aber wissen müssen, daß sie in dieser Arbeit ein hohes Maß an menschlicher Bereicherung erfahren.

Natürlich muß man sich darauf vorbereiten; ohne Sprach-, Landes- und Fachkunde ist eine solche Arbeit nicht möglich, denn Arbeitskräfte für Handarbeit gibt es in jenen Ländern genug. Warum hat denn der Marshall-Plan bei uns so rasch Früchte getragen, warum geht es dort mit dem Aufbau so langsam voran? Nun, weil selbst dann, wenn der Wirtschaftsmechanismus zerstört ist, aber die ausgebildeten Hirne und Köpfe da sind, man einen Wirtschaftskörper schneller wieder hinstellen kann, als wenn es erst einmal darauf ankommt, die ersten Voraussetzungen für das Schulwesen und für die ersten Anfänge einer gewissen technischen Entwicklung zu schaffen. Bei dieser Aufgabe laufen wir mit der Zeit um die Wette.

Ich bin froh, daß sich aus unseren Reihen heraus die Organisation „Weltweite Partnerschaft“ gebildet hat, daß sie sich der besonderen Aufgabe widmet, Führungsgruppen für Gemeinschaften heranzubilden, Menschen, die fähig sind, Genossenschaften zu leiten, in Gewerkschaften zu arbeiten, Parteien zu organisieren, Verwaltungsaufgaben zu übernehmen, in der Presse zu wirken. Wenn das nicht die freien Kräfte tun, dann wird diese Aufgabe der Führung von Völkern und Gesellschaften von den totalitären Kräften in ihre Hände genommen.

Damit möchte ich eine Bemerkung machen zum Festival in Algier. Wer sich — wie doch wohl die meisten in diesem Saale — für diplomatische Beziehungen zu Israel einsetzt, der gerät in ein schreckliches Zwielflicht, wenn er gerade in der jetzigen Lage die Teilnahme an dem Propaganda-Festival in Algier für notwendig hält. Dieser eine Satz macht schon klar, daß wir bei all unserem Tun — meine Darstellung der Mitarbeit an der Entwicklungshilfe wies auch darauf hin — uns nicht nur unserer Rechte, sondern auch unserer Pflichten bewußt sein müssen; daß es bei der Auseinandersetzung mit der jungen Generation auch um die Erwartungen geht,

die an unsere jungen Menschen gestellt werden, und um die Aufgaben, zu deren Lösung sie berufen sind. Da gilt es, zunächst an sich zu arbeiten, die Persönlichkeit zu entfalten, die gegebenen Chancen zu nutzen, in die Verantwortung hineinzuwachsen. Das geschieht nicht dadurch, daß man davon redet, sondern daß man in der Gemeinschaft, der man angehört, praktisch etwas tut durch Übernahme zusätzlicher Pflichten und durch Mitgestaltung der Gemeinschaft. Das geschieht in Jugendverbänden, Sportvereinen, Gewerkschaft, Partei, Gemeinde. Es kann sich auch keine politische Fähigkeit entwickeln, wenn nicht zu einer bestimmten Zeit unserer eigenen Entwicklung die geistigen und körperlichen Kräfte angespannt und auch gemessen werden.

Es war vorhin hier in einer Nebenbemerkung von der Bundeswehr die Rede. Ob nun Soldat in der Bundeswehr oder als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen im Ersatzdienst: in beiden Fällen handelt es sich um die Bereitschaft zu einer Leistung für die Gemeinschaft, der man angehört. Politisches Wirken ist nur möglich, wenn man weiß, daß es dabei um den Erwerb von Vertrauen geht. Bloße Sachkunde tut es nicht. Deshalb kann man zwar politische Wissenschaften studieren, man wird aber durch ein noch so umfassendes Studium allein kein politisch Handelnder. Kein Weg führt an der Arbeit vorbei, an der Arbeit zu lernen und zu erproben, wie man andere Menschen links und rechts von sich von der Richtigkeit der eigenen Ansichten überzeugt. Das ist die Essenz der ersten politischen Tätigkeit. Wer sich dieser Arbeit nicht stellen, sondern gleich als Sachverständiger in die höchsten Positionen hineinkatapultiert werden will, auf dessen Sachkunde wird man zurückgreifen können, aber nicht auf seine Fähigkeit, politisch zu gestalten, politischen Willen auszustrahlen — mit einem Wort: politisch zu führen.

Nur so wird jene Autorität folgen, die nicht aus dem Prestige des Amtes entspringt, sondern aus der überzeugenden politischen Leistung, aus der Übernahme zusätzlicher Pflichten, im großen wie im kleinen. Und bei politischen Entscheidungen gibt es einen wichtigen Unterschied zu jedem technischen oder wissenschaftlichen Experiment: sie sind nicht wiederholbar, weil sie die Umwelt verändern und immer in menschliche Schicksale eingreifen. Deswegen ist mit jeder politischen Entscheidung, die eines Gewählten oder auch die eines Wählers, ein besonders hohes Maß an Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft verbunden.

Lassen Sie mich von daher ein Wort zum Wahlalter sagen: Natürlich ist das Argument richtig, wenn der Staat den jungen Menschen mit 18 Jahren für fähig hält, im Zuge der allgemeinen Wehrpflicht die Gemeinschaft zu schützen, dann muß er ihm auch das Recht geben, über die Dinge der Gemeinschaft mitzubestimmen. Dennoch bitte ich Sie, uns zu erlauben, über

das Problem, ehe wir so aus der hohlen Hand eine Entscheidung fällen, noch einmal reiflich auch mit den Vertretern der jungen Generation, zu sprechen. Mich berührt es zum Beispiel etwas traurig, daß dort, wo die junge Generation das Wahlrecht hat, sie davon kaum Gebrauch macht. Die Jahrgänge von 21 bis 25 Jahren sind die wahlfaulsten! Und ein Ringen um die Herabsetzung des Wahlalters würde dann die besten Argumente finden, wenn Sie mit dafür sorgen würden, daß die Wahlenthaltbarkeit bei den jüngeren Jahrgängen nicht mehr so groß ist wie heute.

Hier ist ein Wort gesagt worden zum Alter der Abgeordneten. Natürlich sind durch Konrad Adenauer alle Maßstäbe etwas verrutscht, das gebe ich ohne weiteres zu. Natürlich sind wir bereit und willens, wo immer sich begabte Kräfte zeigen, die Tore zu öffnen. Aber ich sage noch einmal mit einem Ihrer Referenten: Jungsein allein ist noch keine Qualifikation. Es muß also jener Prozeß des Durchboxens hinzukommen, von dem ich eben gesprochen habe, und der ist mitunter schwer. Es stimmt natürlich, daß die Klugheit nicht in Jahren, sondern in den Köpfen liegt. Aber es fängt doch nicht gleich bei der Geburt an, liebe Freunde. Das Mandat in einer gesetzgebenden Körperschaft ist ein Stück Führung. Natürlich weiß ich, daß das Alter der Wählbarkeit mit 25 Jahren festliegt. Ich freue mich, wenn wir möglichst viele junge Menschen hineingewinnen, aber ich mache darauf aufmerksam, daß wir natürlich bei der Zusammensetzung der Führungskörperschaften auch etwas den Maßstab der bisher gezeigten Leistungen mit anwenden müssen, weil es sich immerhin um die Geschicke nicht eines Verbandes, sondern um die Geschicke des ganzen Volkes handelt. Und ich kann mir die Bemerkung nicht ganz verkneifen: eine Altersstatistik der Führungskörperschaften der deutschen Jugendorganisationen wäre auch nicht uninteressant.

Liebe Freunde, aus der Leistung ergibt sich der Anspruch, der Anspruch auf Wahrhaftigkeit, sie vom Vorbild zu fordern, das Recht, alles in Frage zu stellen, die Unbefangenheit, die Freiheit von Schablonen, das Recht und die Pflicht, in neuen Gedanken zu denken — wohlwissend, daß man sich dabei nicht im luftleeren Raum bewegen kann, daß Tatsachen zu respektieren sind im politischen Geschehen, daß kein Volk leben kann ohne seine Geschichte und daß die Geschichte unseres Volkes nicht nur aus der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte besteht.

Wenn wir so an diese Dinge herangehen, dann werden wir spüren, daß sich manche Verkrampfungen lösen. Dann kann man appellieren an die Natürlichkeit und Vitalität, die jeder jungen Generation angeboren ist, und auch an den erfreulicherweise vorhandenen Gruppeneinstimmung und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Dann wird sich auch Vertrauen zeigen für die junge Generation, einmal von uns Älteren, daß die jüngere Generation fähig und

willens ist, die Zukunft zu gestalten, und zum anderen von der Umwelt in die Entwicklung unseres deutschen Volkes. Die Demokratie ist nie vollendet, sie ist eine ständige Aufgabe. Sie ist eine schwierige, wahrscheinlich die schwierigste Gesellschaftsform. Sie ist eine Gesellschaftsform für mündige Menschen, die ihr Leben und das ihrer Gemeinschaft selber gestalten wollen und nicht nur auf Befehl und Weisung handeln wollen, obwohl letzteres vielleicht bequemer ist. Deshalb ist die Demokratie die Gesellschaftsform, die die menschenwürdigste ist. Aber sie fordert alle Kräfte. Wenn sie das fertigbekommt, also gesund ist, dann ist die Demokratie auch besonders standfest in Gefahrenzeiten. Deshalb brauchen wir keine Furcht zu haben, aber jeder muß nach seinen Kräften mitwirken.

Von uns, liebe Freunde, wird es abhängen, ob wir alle Talente mobilisieren, ob wir alle Kraft und Energie zusammennehmen, um das zu erreichen, was schon heute die Gegenwart von uns allen fordert. Jeder ist angesprochen und niemand soll glauben, seine Schultern seien zu schwach, die anderen würden schon alles für ihn erledigen. Wir sollen und wir wollen uns nicht nur fragen, was kann der Staat, was kann die Gesellschaft für uns, für die Jugend in unserem Volke tun. Das ist zwar eine ganze Masse. Jedoch lassen Sie mich hier an eine große Rede Kennedys erinnern und genauso fragen: Was können wir, was kann unsere Jugend, was kann jeder einzelne von uns für diese unsere Gesellschaft, für diesen unseren Staat, für diese unsere Freiheit tun? Das Ziel der deutschen Sozialdemokraten wollen wir auch der jungen Generation in unserem Volke stellen. Dieses bleibende Ziel haben wir im Godesberger Programm auf eine sehr einfache Formel gebracht: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Ich halte eine manchmal etwas langweilige Demokratie immer noch für menschenwürdiger als die hektische Betriebsamkeit der totalitären Gewalt Herrschaften. Aber ist unsere Zeit wirklich so langweilig? Gewiß, das große Abenteuer ist nicht mehr der blutige Kampf Mann gegen Mann, wie in früheren Geschichtsepochen. Die modernen Massenvernichtungsmittel haben die Entfesselung eines solchen Abenteuers, das schon immer schmerzlich und verderblich war, mit dem Risiko der selbstmörderischen Zerstörung der Menschheit behaftet. Ist aber dafür nicht der Kampf gegen Hunger und Seuchen, gegen Unwissenheit und Knechtschaft des Schweißes der Edlen wert? Lohnt es sich nicht, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine vererbaren Privilegien gibt, in der Aufstieg nur von Begabung und Leistung abhängt? In der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität untrennbar verbunden sind? In der gute Begabung nicht nur dem persönlichen Fortkommen dient, sondern auch dem Gemeinwohl. In der Menschen heranwachsen, gesund an Geist und Körper, gefeit gegen vermeidbare Unbill und gegen

unkritische Verführbarkeit? In der neue Horizonte des Wissens und Könnens erschlossen werden, nicht für den Mißbrauch im Ringen um die Macht, sondern für ein menschenwürdiges Leben aller, die ein Menschenantlitz tragen? In der auch zwischen den Nationen die Regeln der Zivilisation gelten sollen wie in unseren Staaten im Innern? In der an die Stelle des Faustrechts der Respekt von Gesetz und Vertrag tritt und deren Durchsetzung durch Gericht und Polizei, in der mit einem Wort an die Stelle des Rechtes der Macht die Macht des Rechtes tritt.

Es muß und es wird uns gelingen, den Schwung und die Phantasie unserer heranwachsenden Generation zu beflügeln, alle ihre Fähigkeiten zu entwickeln, alle guten Gaben der Menschen und dieses Erdballs zu nutzen, um eine menschliche Ordnung zu schaffen, die frei ist von Not und Furcht, von Unterdrückung und Krieg. In diesem Sinne unseres Programms dienen wir unserem Volke und seinem Staat. In diesem Sinne stellen wir unserer Jugend Aufgaben, in diesem Sinne geben wir ihr Vertrauen. Man kann sich auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die ihr verbundenen Kräfte der jungen Generation verlassen, wenn es um Deutschlands Zukunft geht.

PETER CORTIER, KARLSRUHE

Wir danken dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, wir danken Fritz Erler. Mit ihm zusammen wissen wir, daß unsere Jugend angesprochen und gefordert werden will, daß sie Perspektiven braucht, die sie in der Zukunft haben kann. Fritz Erler hat uns angesprochen, er hat uns gefordert, er hat Perspektiven gezeigt. Die große Gemeinschaftsaufgabe der Zukunft, die sich für die Jugend stellt, ist das Jahr 2000. Wir jungen werden dieses Jahr erleben, und wir werden es gestalten. Und wer das Jahr 2000 gestalten und gewinnen will, der muß im Jahr 1965 anfangen.

Darf ich Ihnen, lieber Herr Erler, versichern, im Namen von uns Jungen, im Namen der jungen Mitglieder unserer Partei, die zu diesem Kongreß gekommen sind, daß die sozialdemokratischen Jugendorganisationen und mit ihnen die große Mehrheit der jungen Generation in diesem Lande hinter der Sozialdemokratischen Partei steht und mit ihr zusammen in diesem Jahr den Sieg erringen will.